

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 30. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
29.02.2012**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:01 Uhr bis 17:10 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	Stadtratsvorsitzender	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	Teilnahme ab 14:14 Uhr
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	Teilnahme bis 17:06 Uhr
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 14:05 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:30 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:32 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Robert Bonan	parteilos	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	Teilnahme ab 14:05 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	Teilnahme ab 14:41 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Herr Andreas Hajek	parteilos	Teilnahme ab 14:20 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	Teilnahme ab 14:22 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	Teilnahme ab 14:05 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 14:12 Uhr
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 14:40 Uhr
Herr Gerhard Pitsch	NPD	

Herr Egbert Geier  
Herr Uwe Stäglin  
Herr Dr. Bernd Wiegand  
Herr Tobias Kogge  
Herr Wolfram Neumann

Bürgermeister  
Beigeordneter  
Beigeordneter  
Beigeordneter  
Beigeordneter

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Uwe Heft  
Frau Dr. Petra Sitte  
Frau Martina Wildgrube

parteilos  
DIE LINKE.  
FDP

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Frau Anna Carsta Ziris** wandte sich an die Oberbürgermeisterin und äußerte sich im Zusammenhang mit der Problematik Homophobie mit folgenden Fragen:

Setzen Sie sich weiterhin für die städtische Förderung des Beratungs- und Begegnungszentrums (BBZ) „lebensart“ e. V. Halle ein?

Wenn nicht, warum?

Anschließend wies **Frau Ziris** darauf hin, dass das BBZ „lebensart“ mit Hilfe von evaluierten Bildungsprojekten prophylaktische Aufklärungsarbeit an Schulen leiste, um Homophobie entgegenzuwirken und eine größere Akzeptanz in der Gesellschaft zur Homosexualität zu erreichen. Zudem beteiligen sich das Land Sachsen-Anhalt und der Saalekreis finanziell an dem Projekt.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass die Arbeit des BBZ „lebensart“ äußerst wichtig sei. Allerdings müssen angesichts der städtischen Haushaltssituation alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand gestellt werden, ob und inwieweit die jeweiligen Maßnahmen der Vereine und Träger unabweisbar seien. Diese Prüfung erfolge derzeit durch die zuständigen Dezernate.

---

**Herr Marco Randfus** äußerte sich ebenfalls zur Problematik Homophobie mit folgender Frage:

Können Sie es verantworten, dass das BBZ „lebensart“ aufgrund fehlender finanzieller Förderung seitens der Stadtverwaltung Halle seine Hilfe für Opfer homophober Gewalt einstellen muss und nicht mehr gesellschaftliche Aufklärungsarbeit leisten kann?

Darüber hinaus merkte **Herr Randfus** an, dass er in der Stadt Halle bereits mehrmals Opfer homophober Gewalt war. Das BBZ „lebensart“ habe ihm in Gesprächen beim Abbau seiner Angst gegenüber Homophobie geholfen und wäre zur Prävention weiterer Gewalttaten wichtig.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte deutlich, dass niemand wegen seiner sexuellen Orientierung von der Gesellschaft ausgegrenzt werden dürfe. Es sei dringend erforderlich, dass vor allen Dingen städtische Persönlichkeiten und auch Stadträte ihre Position zur Ablehnung dieser Gewalt verdeutlichen.

Weiterhin verwies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf ihre Aussagen zur Einwohnerfrage von Frau Ziris. Die Beratungsleistungen des BBZ „lebensart“ seien freiwillige Leistungen. Demzufolge könne sie aufgrund der städtischen Haushaltssituation nicht anders reagieren als im Sinne der Prüfung auf Unabweisbarkeit.

Hinsichtlich der Unterstützung durch das Land und den Saalekreis machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf aufmerksam, dass das BBZ „lebensart“ Leistungen für den gesamten südlichen Teil des Landes Sachsen-Anhalt erbringe. Insofern seien die Kosten, mit denen sich die Stadt Halle beteilige, unverhältnismäßig hoch. Ihres Erachtens müsste die Förderung des Landes aufgrund des Angebotes des BBZ „lebensart“ deutlich höher sein.

---

**Herr Alfons Dowe** äußerte sich ebenso zur Problematik Homophobie mit folgender Frage:

Wie soll ohne Fördergelder zukünftig die Arbeit des BBZ „lebensart“ als Fachzentrum für sexuelle Identität in Beratung und Aufklärung geleistet werden?

Zudem informierte **Herr Dowe** darüber, dass das BBZ „lebensart“ u. a. Jugendlichen und deren Angehörigen mit dem Umgang des Coming-out unterstütze, Hilfestellungen bei Ängsten und Ablehnung aufgrund der Sexualität anbiete sowie Anlaufstelle für intersexuelle Menschen sei.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies auf ihre vorherigen Ausführungen. Die Arbeit des BBZ „lebensart“ sei wichtig, aber in Anbetracht der städtischen Haushaltssituation können derzeit freiwillige Leistungen nur nach Prüfung ausgezahlt werden. Weiterhin sollte sich das Land stärker an der Förderung beteiligen, da das Angebot des BBZ „lebensart“ über die Stadt Halle hinaus ginge.

---

**Frau Monika Heinrich** übergab im Namen des Frauenpolitischen Runden Tisches in der Stadt Halle eine Petition gegen die seitens der Stadtverwaltung vorgesehenen Kürzungen freiwilliger Leistungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, und Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nahmen die Petition entgegen.

---

**Herr Egbert Gadde** erinnerte an seine Einwohnerfrage im August 2011 hinsichtlich des Hochwasserschutzes im Kanuzentrum Osendorfer See und äußerte sich als Vorsitzender des Halleschen Kanu-Clubs 54 e. V. mit folgender Frage:

Wie ist der aktuelle Stand in Bezug auf die Errichtung eines Dammes?

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass entsprechend ihrer Aussage zum Bürgerforum Halle-Ost nach Ende der diesjährigen Frostperiode - voraussichtlich im März - mit der Errichtung des Dammes begonnen werde.

---

**Frau Kerstin Jugel** äußerte sich zur aktuellen Baumschutzsatzung mit folgenden Fragen:

Wer stimmt den Baumfällungen zu?

Weshalb wurde an der Hochstraße Richtung Glauchaer Platz jeglicher Baumbestand gefällt und die in der Nähe befindliche Kindertageseinrichtung nicht in die Entscheidung einbezogen?

Ihres Erachtens sei eine Vielzahl der durchgeführten Baumfällungen nicht notwendig und ebenso nicht nachvollziehbar.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, wies darauf hin, dass man sich derzeit am Ende der vegetationsfreien Zeit befinde und aus diesem Grund notwendige Pflegearbeiten und Rückschnitte jetzt durchzuführen seien. Ab dem morgigen Tag beginne die Vegetationsperiode, so dass entsprechende Arbeiten nicht mehr möglich wären.

Die Verantwortung dafür liege in seinem Bereich beim Grünflächenamt. Die Maßnahmen werden mit dem Umweltamt abgestimmt und zum Teil mit der Baumschutzkommission vor Ort besprochen, so dass eine generelle Aussage für alle Baumfällmaßnahmen und -rückschnitte schwierig sei.

Hinsichtlich der Baumfällungen Richtung Glauchaer Platz erklärte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass ihm die Gründe dafür im Detail nicht bekannt seien. Zudem sei die Verwaltung nicht verpflichtet, mit den Anliegern Gespräche zu vorgesehenen Baumfällungen zu führen. Diese wären durch das Grünflächenamt in Abstimmung mit dem Umweltamt fachlich zu prüfen.

---

**Frau Marianne Heykenkamp** äußerte sich zu Baumfällungen im Bereich des Erdgas Sportparks mit folgenden Fragen:

Welche Gründe gab es für die Baumfällungen?

Welche Ersatzmaßnahmen sind vorgesehen?

Welche Baumplanung ist in diesem Bereich grundsätzlich angedacht?

Des Weiteren machte sie darauf aufmerksam, dass es hierbei vor allen Dingen um die Baumarten Linden (direkt vor dem Erdgas Sportpark), Robinien (im Bereich um das Brunnenhäuschen) und Pappeln (im Komplex Sportdreieck) ginge und die durchgeführten Baumfällungen den Aussagen im Bebauungsplan Nr. 135 widersprechen.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, erklärte bezogen auf das Areal des ehemaligen Gesundbrunnenbades um das Brunnenhäuschen, dass dieses im Zuge des Bebauungsplanes als öffentliche Grünfläche gestaltet werden soll.

Hinsichtlich der Linden direkt vor dem Erdgas Sportpark wies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf hin, dass es Ziel war, 20 weitere Bäume zu erhalten. Im Ergebnis der durchgeführten Baumaßnahmen wurden die Bäume beschädigt. Im Rahmen einer Überprüfung des Umweltamtes und der Baumschutzkommission wurde entschieden, dass die Bäume gefällt und Neupflanzungen vorgenommen werden müssen.

In Bezug auf die Fällungen im Sportkomplex Sportdreieck teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass hierzu ein Bebauungsplan zum Thema Aufschüttung und Verfüllung die Erdarbeiten betreffend sowie ein Antrag auf Baumfällungen beim Umweltamt vorliegen. Nach seinem Kenntnisstand wurden nicht alle Fällungen genehmigt, so dass ein Teil des Altbaumstandes erhalten werden konnte.

Weiterhin könne er derzeit keine Auskunft darüber geben, inwieweit Nachpflanzungen vorgenommen werden, da bei geschädigten und Gefahrenbäumen kein Anspruch auf Nachpflanzung bestünde.

---

**Frau Sigrid Kramm** verwies auf ihre Einwohnerfrage im August vergangenen Jahres zur Grünfläche in der Kleinen Brauhausstraße 9. Diese werde als Rad- und Fußweg sowie Hundewiese genutzt und wäre infolge dessen in einem schlechten Zustand. Bisher sei keine Verbesserung eingetreten.

Sie bat darum, dass das Ordnungsamt abends verstärkt Kontrollen durchführe.

Des Weiteren wies **Frau Kramm** darauf hin, dass am Haupteingang des Rathshofes keine Ausschilderung zur Seniorenberatungsstelle vorhanden sei und bat um Abhilfe.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nahm die Anliegen auf.

---

**Frau Andrea Howald, Frau Gerda Stange, Herr Bernd Schlegel und Herr Mike Babiak** äußerten sich zu Baumfällungen am Saalewanderweg zwischen Genzmerbrücke und Mesebergbrücke mit folgenden Fragen:

Wer veranlasste die Fällungen im Jahr 2012 und auf welcher Grundlage wurden sie durchgeführt?

Wann werden die Wiederherstellungsmaßnahmen angefangen und beendet sein?

Wo und wann können die Bürger die Ersatz- und Neupflanzungspläne einsehen?

Wie kann das bürgerentwürdigende Verhalten einiger Verwaltungsangestellter zukünftig unterbunden werden?

**Frau Howald** informierte darüber, dass sie seit einem Jahr lediglich Teil- oder Fehlinformationen durch die zuständigen Ämter der Stadt Halle erhalte. Danach sollen ein Wiesenstreifen, einige Sträucher, 80 Eichen und Gehölzgruppen gepflanzt werden.

Darüber hinaus bedankte sich **Frau Howald** bei Herrn Sommer, Herrn Dr. Diaby, Herrn Dr. Wiegand, Herrn Dr. Meerheim und insbesondere bei Herrn Paulsen für ihre Unterstützung.

**Frau Stange** kritisierte, dass die Ahornbäume gesund waren und dennoch gefällt wurden. Die Gründe dafür könne sie nicht nachvollziehen.

**Herr Schlegel** machte darauf aufmerksam, dass trotz der teilweisen katastrophalen Zusammenarbeit mit den Ämtern der Stadt Halle das Umweltamt eine gute und bürgernahe Arbeit leiste und ordentliche Gespräche mit den Mitarbeitern stattgefunden haben.

Zudem merkte er an, dass der SPD zu verdanken sei, dass in der Stadt Halle eine Vielzahl an Grünanlagen vorhanden wäre und Alleen und Parks angelegt wurden.

**Herr Babiak** machte deutlich, dass aufgrund der Baumfällarbeiten an der Genzmerbrücke ohne Not ein Biotop vernichtet wurde. Weiterhin kritisierte er das Verhalten der städtischen Verwaltungsmitarbeiter. Er habe versucht, mit dem Leiter und zuständigen Ressortleiter des Grünflächenamtes sowie mit Herrn Beigeordneten Stäglin und der Oberbürgermeisterin Kontakt aufzunehmen. Allerdings habe niemand das Problem zur Kenntnis genommen, die Beschwerden wurden ignoriert und eine Antwort sei ebenso nicht erfolgt.

Des Weiteren merkte er an, dass seinen Informationen zufolge das Grünflächenamt den Wiederaufforstungsplan entgegen der Aussagen von Herrn Beigeordneten Stäglin anders betrachte. Es sei vorgesehen, einen Rasen anzulegen und Sitzbänke aufzustellen.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, erläuterte die Situation am Saalewanderweg. Im Ergebnis von Untersuchungen war es im vergangenen Jahr notwendig, die Pappeln aufgrund von Gefahrensituationen zu fällen. Entsprechende Ersatzpflanzungen werden vorgenommen, obwohl bei Fällungen infolge von Gefahrensituationen die Stadt nicht verpflichtet sei, Nachpflanzungen durchzuführen.

Weiterhin wurden in Abstimmung zwischen dem Grünflächenamt und der Unteren Naturschutzbehörde des Umweltamtes die eschenblättrigen Ahornbäume beseitigt, um die Entwicklung einheimischer Gehölze zu ermöglichen. Im Zuge der Fällungen wären zudem Schädigungen an Teilen des Vegetationsbestandes entstanden, welcher daraufhin ebenfalls beseitigt wurde. Wichtig wäre hierbei, dass sich bei der Neugestaltung die Ulmenbestände erholen können. Diese wurden nicht komplett entfernt, so dass die Möglichkeit einer Neuentwicklung bestünde.

Darüber hinaus bestünde das Ziel, für den Uferstreifen, insbesondere im Landschaftsschutzgebiet, Gehölzinseln einheimischer Bestände zu schaffen, aber auch Rasen anzulegen.

**Herr Beigeordneter Stäglin** brachte zum Ausdruck, dass alle Maßnahmen mit den Fachämtern abgestimmt wurden. Die Verwaltung habe ebenso die Presse, ausgenommen der Maßnahme am Holzplatz, ausführlich und zeitnah über weitere Maßnahmen informiert.

Zudem soll vor Beginn der vegetationsfreien Zeit ein entsprechendes Fachgespräch zwischen Umweltamt und Grünflächenamt erfolgen, bei dem die geplanten Maßnahmen vorgestellt werden und das Umweltamt die Möglichkeit habe, ggf. zu intervenieren und Hinweise zu geben. Über das Ergebnis dessen werde der Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten informiert.

Des Weiteren soll noch in diesem Jahr ein Leitbild für die Gestaltung des Saaleraumes erarbeitet und in die zuständigen Gremien eingebracht werden.

**Herr Beigeordneter Stäglin** erklärte, dass man sich erst am Beginn der Pflanzperiode befinde und im Laufe dieser entsprechende Pflanzungen durchführen wolle. Dies werde rechtzeitig über die Presse kommuniziert. Aufgrund der Haushaltssituation müssen in diesem Jahr allerdings auch Abstriche dahin gehend gemacht werden.

Anschließend wies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf hin, dass nach seinem Kenntnisstand die Ersatz- und Neupflanzungspläne vorliegen und diese eingesehen werden können. Die Verwaltung habe zudem das Ziel, bei Fällungen Neupflanzungen vorzunehmen und den grünen Charakter der Stadt Halle weiter aufrechtzuerhalten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ging auf die Wortmeldung von Herrn Babiak ein. Sie halte es für wichtig, dass engagierte Bürger in die jeweiligen Sachverhalte einbezogen werden.

Weiterhin bat sie um Verständnis in Bezug auf die unterschiedlichen Aussagen innerhalb der Verwaltung. Die Mitarbeiter in den Ämtern können nicht für die Stadt Halle insgesamt sprechen. Aus diesem Grund sollten die Bürger auf den zuständigen Beigeordneten oder auf sie zukommen, wie z. B. bei den regelmäßig stattfindenden Bürger- und Ideensprechstunden.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, bezog sich ebenfalls auf die Ausführungen von Herrn Babiak und sagte eine Beantwortung der Schreiben und E-Mails zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern. **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.



## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die 30. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 53 Mitglieder des Stadtrates (92,98 %) anwesend.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, wies darauf hin, dass am heutigen Tag um 18:15 Uhr das U 21 Fußball EM-Qualifikationsspiel Deutschland - Griechenland im Erdgas Sportpark stattfinde, welches u. a. die Oberbürgermeisterin und einige Stadträte besuchen.

In Anbetracht dessen stellte **Herr Bartl** den Geschäftsordnungsantrag, die öffentliche Sitzung um 17:10 Uhr abubrechen und die Tagesordnungspunkte, welche bis dahin nicht beraten wurden, auf die Stadtratssitzung März zu vertagen. Im Anschluss des öffentlichen Teils erfolge die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte bis einschließlich TOP 3.2.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, sprach sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus. In Anbetracht der städtischen Situation sei es aus Sicht ihrer Fraktion unverantwortlich und inakzeptabel aufgrund des Fußballspiels wichtige Angelegenheiten nicht beraten zu können.

Die Stadträte wurden gewählt, um im Sinne der Bürger der Stadt Halle zu agieren und nicht für Repräsentationspflichten zur Verfügung zu stehen. Sofern die Oberbürgermeisterin verpflichtet sei, das Länderspiel zu besuchen, bestünde eine Vertretungsregelung, so dass die Stadtratssitzung fortgesetzt werden könne.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, sprach sich für den Geschäftsordnungsantrag aus und brachte zum Ausdruck, dass mit dem Stadionneubau zukünftig vermehrt internationale Fußballspiele der Frauen- und U 21 Nationalmannschaft in der Stadt Halle stattfinden sollen. Demzufolge wäre es seines Erachtens nicht vertretbar, wenn die Stadt Halle und die Stadträte bei der Länderspielpremiere nicht anwesend seien.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung seines Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung aller Tagesordnungspunkte auf die Stadtratssitzung März 2012, welche bis 17:10 Uhr nicht behandelt wurden.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 5.2      Jahresabschluss 2010 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin  
Vorlage: V/2012/10411  
*im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegen-  
schaften am 21.02.2012 vertagt*

---

TOP 5.6.2    Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum  
Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost  
(HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100 (V/2010/09265)  
Vorlage: V/2011/10320  
*im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 14.02.2012 durch den An-  
tragsteller zurückgezogen*

---

TOP 5.7.1    Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum  
Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES)  
4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlage: V/2010/08946  
Vorlage: V/2011/09530  
*im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegen-  
schaften am 21.02.2012 durch den Antragsteller zurückgezogen*

---

TOP 5.13     Investitionsplanung im Rahmen der "Richtlinie über die Gewährung von Zu-  
wendungen zur Förderung von Investitionen in Kindertageseinrichtungen aus  
Bundesmitteln für unter 3 Jährige - Krippenausbauprogramm"  
Vorlage: V/2011/10260  
*zurückgestellt durch Verwaltung*

Auf die Frage von Herrn Dr. Meerheim nach den Gründen der Absetzung antwortete **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, dass die entsprechende Richtlinie zum Förderprogramm STARK III bisher nicht vorliege und somit die Voraussetzungen einer Förderung nicht bekannt seien. Sobald diese vorliege, werde die Vorlage erneut in den Stadtrat eingebracht.

---

TOP 6.4      Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beratung von  
Bebauungsplänen im Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten  
Vorlage: V/2011/10247  
*im Hauptausschuss am 22.02.2012 vertagt*

---

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

zu 5.4        Widerspruch der Oberbürgermeisterin zur Feststellung der Fortschreibung der  
Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10  
bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13  
Vorlage: V/2011/10349

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

---

zu 5.6 Grundsatzbeschluss Hapterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100  
Vorlage: V/2010/09265

Hierzu liegt ein weiterer Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Grundsatzbeschluss Hapterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlagenr. V/2010/09265  
Vorlage: V/2012/10487

---

zu 5.7 Baubeschluss Hapterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100  
Vorlage: V/2010/08946

Hierzu liegt eine Ergänzung hinsichtlich der Ausgaben vor.

---

zu 5.14 Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012  
Vorlage: V/2012/10417

Hierzu liegen folgende Änderungsanträge vor:

Änderungsantrag des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE.) zur Vorlage "Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10417)  
Vorlage: V/2012/10486

Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012  
Vorlage: V/2012/10498

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur Vorlage "Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10417)  
Vorlage: V/2012/10499

---

Darüber hinaus informierte **Herr Bartl** darüber, dass eine Dringlichkeitsvorlage vorliege:

Teil-Rücknahme des Widerspruchs gegen die Haushaltsverfügung 2010  
Vorlage: V/2012/10484

Es gab keine Wortmeldungen zur Dringlichkeitsvorlage.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Dringlichkeitsvorlage zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:**

**Vorlage: V/2012/10484**

Die Vorlage wird unter TOP 5.15 behandelt.

**mit mehr als 2/3-Mehrheit  
mehrheitlich zugestimmt**

---

Zudem liegt ein Dringlichkeitsantrag vor:

Dringlichkeitsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Berufung eines Sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss  
Vorlage: V/2012/10500

Es gab keine Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** mit mehr als 2/3-Mehrheit  
**Vorlage: V/2012/10500** mehrheitlich zugestimmt

Der Antrag wird unter TOP 7.13 behandelt.

**Herr Bartl** informierte darüber, dass der Dringlichkeitsantrag aufgrund der Dauer der heutigen Stadtratssitzung entsprechend seines Geschäftsordnungsantrages vorgezogen und vor dem TOP 7.1 beraten werde.

---

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, bezog sich auf den TOP 5.4

Widerspruch der Oberbürgermeisterin zur Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13  
Vorlage: V/2011/10349

und wies darauf hin, dass zur heutigen Sitzung dazu erneut eine Austauschvorlage aufgrund einer nicht korrekten Vorlagennummer ausgehändigt wurde. Allerdings werde entgegen der letzten Austauschvorlage jetzt wieder gegen den gesamten Punkt 1.6 Widerspruch eingelegt.

Aufgrund dessen fragte **Herr Lange**, welche Vorlage korrekt sei.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass der Verwaltung aufgrund der Kürze der Zeit hierbei ein Fehler unterlaufen sei und entschuldigte sich dafür. Sie stellte klar, dass sie ausschließlich gegen den Punkt 1.6.1 Widerspruch einlege. Auf dieser Vorlage sei aber die Vorlagennummer nicht korrekt. Sie bat darum, dass die Stadträte die Vorlagennummer handschriftlich ändern. Diese laute wie folgt: V/2011/10349.

---

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bezog sich auf den TOP 5.14

Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012  
Vorlage: V/2012/10417

Die dazu eingebrachten Änderungsanträge

Änderungsantrag des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE.) zur Vorlage "Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10417)  
Vorlage: V/2012/10486

und

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur Vorlage "Konzept zum Hall-  
eschen Weihnachtsmarkt 2012" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10417)  
Vorlage: V/2012/10499

wurden in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung durch die Antragsteller für erledigt erklärt, da die Verwaltung die Intentionen dieser übernommen habe.

Demzufolge fragte **Herr Häder**, weshalb diese auf die Tagesordnung der heutigen Stadtratsitzungen genommen werden.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, stimmte zu, dass die Intentionen der von Herrn Häder genannten Änderungsanträge durch die Verwaltung übernommen wurden. Die Antragsteller müssen jetzt entscheiden, ob ihre Änderungsanträge in der heutigen Stadtratssitzung nochmals beraten werden sollen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** schlug vor, die Änderungsanträge vorerst auf der Tagesordnung zu belassen und zur Diskussion des Tagesordnungspunktes über die weitere Verfahrensweise dieser zu entscheiden.

Es gab keine Widersprüche seitens der Stadratsmitglieder.

---

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, erklärte den Antrag seiner Fraktion zum TOP 6.1

Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines verbindlichen Konzeptes für den  
Weihnachtsmarkt 2012 (inkl. "Wintermarkt")  
Vorlage: V/2011/10278

aufgrund der dazu vorliegenden Vorlage der Verwaltung für erledigt.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 25.01.2012
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung vom 25.01.2012 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen

- 5.1 Feststellung der Jahresrechnung 2010 und Entlastung der Oberbürgermeisterin  
Vorlage: V/2011/10336
- 5.2 *Jahresabschluss 2010 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin*  
Vorlage: V/2012/10411 *abgesetzt*
- 5.3 Jahresabschluss 2010/2011 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: V/2012/10412
- 5.4 Widerspruch der Oberbürgermeisterin zur Feststellung der Fortschreibung der Schul-  
entwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für  
das Schuljahr 2012/13  
Vorlage: V/2011/10349
- 5.5 Beschluss zur Änderung und Neufassung der Satzung des Planungsverbandes "Indust-  
riegebiet Halle-Saalkreis an der A 14"  
Vorlage: V/2011/10271
- 5.6 Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES)  
4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100  
Vorlage: V/2010/09265
- 5.6.1 Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage: V/2010/09265 -  
Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4.  
Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100  
Vorlage: V/2011/09828
- 5.6.2 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Grundsatz-  
beschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt:  
Delitzscher Straße bis B 100 (V/2010/09265)*  
Vorlage: V/2011/10320 *abgesetzt*
- 5.6.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Grundsatzbe-  
schluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt:  
Delitzscher Straße bis B 100 (Vorlagen-Nr.: V/2010/09265)  
Vorlage: V/2012/10410
- 5.6.4 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und MitBÜRGER für Halle - NEUES FO-  
RUM zum Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost  
(HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlagenr. V/2010/09265  
Vorlage: V/2012/10487
- 5.7 Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauab-  
schnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100  
Vorlage: V/2010/08946
- 5.7.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Baube-  
schluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt:  
Delitzscher Straße bis B 100, Vorlage: V/2010/08946*  
Vorlage: V/2011/09530 *abgesetzt*
- 5.7.2 Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage: V/2010/08946 -  
Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauab-  
schnitt Delitzscher Straße bis B 100  
Vorlage: V/2011/09829

- 5.7.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlage V/2010/08946)  
Vorlage: V/2011/10322
- 5.7.4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlagen-Nr.: V/2010/08946)  
Vorlage: V/2012/10409
- 5.8 Verlängerungsvertrag über die Durchführung der Stadtreinigung  
Vorlage: V/2011/10353
- 5.9 Verlängerungsvertrag über die Durchführung des Winterdienstes  
Vorlage: V/2011/10354
- 5.10 Bebauungsplan Nr. 90 "Halle-Neustadt, Magistrale", 1. Änderung - Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Vorlage: V/2011/10138
- 5.11 Widmung der Straße Zur Morgenröte zur Gemeindestraße  
Vorlage: V/2012/10363
- 5.12 Widmung der Straße Am Sonnenhang zur Gemeindestraße  
Vorlage: V/2012/10364
- 5.13 *Investitionsplanung im Rahmen der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in Kindertageseinrichtungen aus Bundesmitteln für unter 3 Jährige - Krippenausbauprogramm"*  
Vorlage: V/2011/10260 *zurückgestellt*
- 5.14 Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012  
Vorlage: V/2012/10417
- 5.14.1 Änderungsantrag des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE.) zur Vorlage "Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10417)  
Vorlage: V/2012/10486
- 5.14.2 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012  
Vorlage: V/2012/10498
- 5.14.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur Vorlage "Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10417)  
Vorlage: V/2012/10499
- 5.15 Teil-Rücknahme des Widerspruchs gegen die Haushaltsverfügung 2010  
Vorlage: V/2012/10484
6. Wiedervorlage
- 6.1 *Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines verbindlichen Konzeptes für den Weihnachtsmarkt 2012 (inkl. "Wintermarkt")*  
Vorlage: V/2011/10278 *erledigt*

- 6.2 gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Neubau einer Brücke zur Peißnitzinsel an der Eissporthalle  
Vorlage: V/2011/10153
- 6.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Neubau einer Brücke zur Peißnitzinsel an der Eissporthalle (Vorlage: V/2011/10153)  
Vorlage: V/2011/10203
- 6.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum bewirtschafteten Parken in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/10163
- 6.4 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beratung von Bebauungsplänen im Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten*  
Vorlage: V/2011/10247 *abgesetzt*
- 6.5 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung der sog. Roten Liste (V/2011/09449)  
Vorlage: V/2011/10246
- 6.6 Antrag der Stadträtinnen Sabine Wolff (NEUES FORUM) und Hanna Haupt (SPD) zu Gedenktagen  
Vorlage: V/2011/10360
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.13 Dringlichkeitsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Berufung eines Sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss  
Vorlage: V/2012/10500
- 7.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend die Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring  
Vorlage: V/2012/10433
- 7.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse und der Hauptsatzung des Stadtrates  
Vorlage: V/2012/10437
- 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Analyse der Entwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung in Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10441
- 7.4 Antrag der Fraktionen DIE LINKE., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung einer Gedenktafel, die an die Bürgerinnen und Bürger erinnert, die die Stadt Halle (Saale) in den Apriltagen des Jahres 1945 vor der Zerstörung bewahrt haben  
Vorlage: V/2012/10453
- 7.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Öldialyse bei städtischen Fahrzeugen  
Vorlage: V/2012/10419



- 7.6 Antrag des Stadtrates Robert Bonan (SPD-Stadtratsfraktion) zum barrierefreien Zugang zum Göbelbrunnen  
Vorlage: V/2012/10421
- 7.7 Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung eines Stadtratsbeschlusses  
Vorlage: V/2012/10443
- 7.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Eintritt der Stadtbibliothek in den Verbund der Online-Bibliothek Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2012/10461
- 7.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung einer Beteiligung am Programm „50 Kommunale Klimapartnerschaften“  
Vorlage: V/2012/10463
- 7.10 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Bewilligung vorzeitiger Maßnahmebeginne von Institutionen und Projekten im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern  
Vorlage: V/2012/10456
- 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einreichung einer Verfassungsbeschwerde gegen das geänderte Finanzausgleichsgesetz  
Vorlage: V/2012/10467
- 7.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung von neuen Fördermöglichkeiten zum Breitbandausbau  
Vorlage: V/2012/10465
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Breitbandausbau in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10436
- 8.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu geplanten Baumfällungen in der Fiete-Schulze-Straße  
Vorlage: V/2012/10435
- 8.3 Anfrage der CDU-Fraktion zur Information der Stadt über die Mitarbeiterzahlen  
Vorlage: V/2012/10434
- 8.4 Anfrage der Stadträtin Elisabeth Nagel (Fraktion DIE LINKE.) zur Erschließung der So-lequelle auf dem Holzplatz  
Vorlage: V/2012/10438
- 8.5 Anfrage der Stadträtin Birgit Leibrich (Fraktion DIE LINKE.) zur Thematik "Finanzielle Sicherung der Begegnungsstätten"  
Vorlage: V/2012/10439
- 8.6 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur Verteilung der städtischen Logenplätze im Erdgas Sportpark Halle  
Vorlage: V/2012/10444

- 8.7 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Genehmigungen für Kapazitätserweiterungen in Kindertageseinrichtungen  
Vorlage: V/2012/10376
- 8.8 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Neubesetzung einer Amtsleiterstelle  
Vorlage: V/2012/10447
- 8.9 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Ehrung von Prof. Hermann Goltz  
Vorlage: V/2012/10458
- 8.10 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Eingliederungshilfen für behinderte Menschen  
Vorlage: V/2012/10457
- 8.11 Anfrage Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Beteiligung der Stadt Halle am KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“  
Vorlage: V/2012/10452
- 8.12 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Dialogforum Flughafen Leipzig/Halle  
Vorlage: V/2012/10455
- 8.13 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Brandschutzmaßnahmen in Kindertagesstätten  
Vorlage: V/2012/10449
- 8.14 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu einer transparenten Beschlusskontrolle  
Vorlage: V/2012/10451
- 8.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auszahlung von städtischen Fördermitteln im Jahr 2011  
Vorlage: V/2012/10466
- 8.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur städtischen Kontrolle der Umweltzone  
Vorlage: V/2012/10464
- 8.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung der Stellplatzablösebeträge  
Vorlage: V/2012/10462
- 8.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Breitbandversorgung in halleschen Schulen  
Vorlage: V/2012/10460
- 8.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu freiwilligen Leistungen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10454
- 8.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Verkehrsdatenerhebungen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10450

- 8.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nachnutzung des Geländes der ehemaligen Stadtgärtnerei und des Stadtschulgartens  
Vorlage: V/2012/10448
- 8.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Stadtbibliothek  
Vorlage: V/2012/10446
- 8.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Zahlungen der Stadt für PPP-Projekte und Lebenszyklusprojekte im Haushaltsjahr 2012  
Vorlage: V/2012/10445
- 8.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auslastung von Parkplätzen in der Altstadt und am Altstadtring  
Vorlage: V/2012/10442
- 9. Mitteilungen
- 9.1 Energiebericht 2011  
Vorlage: V/2012/10365
- 10. mündliche Anfragen von Stadträten
- 11. Anregungen
- 11.1 Anregung Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beteiligung der Stadt Halle am Kongress „Stadtleben in 3D“ der Stiftung „Lebendige Stadt“  
Vorlage: V/2012/10459
- 12. Anträge auf Akteneinsicht

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 25.01.2012**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 29. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 25.01.2012.

**Die Mitglieder des Stadtrates genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 25.01.2012.**

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung vom 25.01.2012 gefassten Beschlüsse**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, verlas die in nicht öffentlicher Sitzung am 25.01.2012 gefassten Beschlüsse:

zu 3.1 Personalangelegenheit  
Vorlage: V/2011/10319

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat genehmigt den Urlaub der Oberbürgermeisterin in der Zeit vom 30.01.2012 bis 04.02.2012 (5 Arbeitstage).
  2. Der Stadtrat beschließt, dass der Erholungsurlaub der Oberbürgermeisterin für das Jahr 2012 pauschal genehmigt wird, soweit er im Einzelfall eine Länge von 5 Arbeitstagen nicht überschreitet.
- 

zu 3.2 Vergabebeschluss: Amt 66-L-05/2011: Rahmenvertrag zur Reinigung von Straßenentwässerungseinrichtungen  
Vorlage: V/2011/10269

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, der Firma SB-RKS Rohr- und Kanalreinigungs-Service GmbH aus Halle für den Leistungszeitraum vom 01.02.2012 bis 31.12.2013 zu einer Bruttosumme von 425.836,18 € den Zuschlag zu erteilen.

---

zu 3.3 Vergabebeschluss: Amt 66-B-019/ 2011, Los 3 - Infrastrukturprogramm Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost, Ausbau Reideburger Straße West/ Verlängerte Apoldaer Straße  
Vorlage: V/2011/10346

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, den Zuschlag an die Bietergemeinschaft Reif Baugesellschaft mbH & Co. KG, ZNL Dessau-Roßlau und Oevermann Verkehrswegebau GmbH, NL Leipzig-Halle zu einer Bruttosumme von 5.015.876,99 €, zu erteilen. Der zu beauftragende Anteil der Stadt Halle (Saale) an der Ausschreibung beträgt 2.598.584,11 €.

---

zu 3.4 Vergabebeschluss: Amt 66-B-021/ 2011, Los 4 - Infrastrukturprogramm Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost, Ausbau Reideburger Straße Ost/ Am Klärwerk  
Vorlage: V/2011/10351

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, den Zuschlag an die Bietergemeinschaft Eurovia Verkehrsbau Union GmbH mit Firmensitz in Markranstädt und Beton & Rohrbau C.-F. Thymian GmbH & Co. KG mit Firmensitz in Halle (Saale) zu einer Bruttosumme von 1.967.339,05 €, zu erteilen. Der zu beauftragende Anteil der Stadt Halle (Saale) an der Ausschreibung beträgt 1.082.934,75 €.

---

zu 3.5      **Vergabebeschluss: Amt 66-B-020/ 2011, Los 5 - Infrastrukturprogramm Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost, Ausbau Grenzstraße**  
**Vorlage: V/2011/10352**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, den Zuschlag an die Bietergemeinschaft GP Verkehrswegebau GmbH/Strabag AG mit Firmensitz in Halle (Saale) zu einer Bruttosumme von 3.298.229,04 € zu erteilen. Der zu beauftragende Anteil der Stadt Halle (Saale) an der Ausschreibung beträgt 2.240.094,45 €.

---

zu 5.1      **Antrag des Jugendhilfeausschusses zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß Teilplanung (Fortschreibung der Jugendhilfeplanung), hier: Förderung aus den Mitteln Bildung und Teilhabe - Schulsozialarbeit -**  
**Vorlage: V/2012/10397**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Förderung von Angeboten der Träger der freien Jugendhilfe durch Bereitstellung von Mitteln aus Bildung und Teilhabe – Schulsozialarbeit für 7,9 Stellen gemäß Anlage V (aus Vorlage V/2011/10212) nach den Vorberatungen hierzu im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss, im Bildungsausschuss und im Jugendhilfeausschuss.

zu 5      **Beschlussvorlagen**

zu 5.1      **Feststellung der Jahresrechnung 2010 und Entlastung der Oberbürgermeisterin**  
**Vorlage: V/2011/10336**

---

**(Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm aufgrund des § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung teil.)**

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

## Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2010 wird gemäß § 170 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt beschlossen und der Oberbürgermeisterin Entlastung erteilt.

zu 5.3 Jahresabschluss 2010/2011 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: V/2012/10412

---

(Frau Oberbürgermeisterin Szabados sowie die Stadträte Herr Dr. Wöllenweber, Frau Dr. Wünscher, Herr Schramm, Frau Ewert und Frau Wolff nahmen aufgrund des § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung zum Beschlusspunkt 4 teil.)

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass die Beantwortung der von Frau Krausbeck im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften gestellten Nachfragen zum vorliegenden Sachverhalt den Fraktionen und Mitgliedern des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH vor der Stadtratssitzung ausgehändigt wurde.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, kritisierte, dass die Antwort erst zur heutigen Sitzung verteilt wurde und sich die Stadträte demzufolge damit kaum auseinandersetzen konnten.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte den Ausführungen von Herrn Bönisch zu und merkte an, dass ihre Fraktionen einige Punkte der Beantwortung als politisch erachte und nicht auf der sachlichen Ebene verbleibend.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

## Abstimmungsergebnis:

### Einzelabstimmung der Beschlusspunkte

Beschlusspunkte 1 - 3: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusspunkt 4: mehrheitlich zugestimmt

## Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin in ihrer Funktion als Vertreterin der Gesellschafterin der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010/2011 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird in der von der BRV AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 14. Oktober 2011 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt  
Die Bilanzsumme beträgt

20.468,73 EUR.  
31.407.675,89 EUR.

2. Der Jahresüberschuss wird mit dem Verlustvortrag verrechnet.
3. Dem Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle, Herrn Rolf Stiska, wird für das Geschäftsjahr 2010/2011 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird für das Geschäftsjahr 2010/2011 Entlastung erteilt.

**zu 5.4 Widerspruch der Oberbürgermeisterin zur Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13  
Vorlage: V/2011/10349**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, brachte zum Ausdruck, dass die wiederholte Einbringung des Widerspruchs der Oberbürgermeisterin gegen die Schließung der Förderschule Jägerplatz deutlich mache, dass die Stadtverwaltung willkürlich nach politischen Erwägungen agiere und Rechtsbedenken oder haushaltspolitische Fragen nicht vorrangig ausschlaggebend seien.

Dies resultiere daraus, dass in anderen Punkten der Schulentwicklungsplanung die Beschlüsse des Stadtrates jetzt akzeptiert werden, obwohl sich die Verwaltung vorher eindeutig dagegen ausgesprochen habe.

In dem Zusammenhang erinnerte **Herr Paulsen** nochmals daran, weshalb die Förderschule Jägerplatz die Mindestschülerzahl nicht erreicht habe. Insofern sei die Argumentation der Verwaltung kein Grund, hier Widerspruch einlegen zu können.

**Herr Paulsen** erklärte, dass die Oberbürgermeisterin seines Erachtens nur dann Widerspruch mit Blick auf den Haushalt einlege, wenn sie Beschlüsse des Stadtrates inhaltlich ablehne und nannte dafür weitere Beispiele:

- Beschluss des Stadtrates in seiner Sitzung im November 2011, die im Haushalt veranschlagten Fördermittel für die Jugendhilfe in voller Höhe auszusahlen.
- Beschluss des Stadtrates in seiner Sitzung im September 2011 zum kostenlosen Mittagessen für Kinder bedürftiger Familien in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen

Andererseits sei es seitens der Oberbürgermeisterin nicht problematisch, trotz der vorläufigen Haushaltsführung und ohne genehmigten Haushalt Mehrausgaben zu genehmigen und freiwillige Leistungen auszusahlen, welche ihr politisch genehm erscheinen. Als Beispiel hierfür nannte er das Langfristkonzept Saline-Ensemble und das Stadtbahnprogramm Halle 2025. Zudem wurden für die Stadtmarketing GmbH 200.000 € mehr in den Haushalt eingestellt.

Aus vorgenannten Gründen bat **Herr Paulsen** darum, der Vorlage der Verwaltung nicht zuzustimmen. Der Stadtrat sollte sich nicht mit Argumenten der vorläufigen Haushaltsführung und bestehenden Vorbehalten der Kommunalaufsicht unter Druck setzen lassen. Inwieweit dies korrekt sei, werde bei Aufrechterhaltung des Stadtratsbeschlusses ersichtlich.





**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte deutlich, dass sie nach dem Stadtratsbeschluss im Dezember 2011 zur Schulentwicklungsplanung formal gegen den gesamten Beschluss Widerspruch eingereicht habe.

Im Nachgang dazu habe sie ihren Widerspruch ausschließlich gegen den Stadtratsbeschluss zum Punkt zur Schließung der Förderschule Jägerplatz aufrechterhalten, da dieser rechtswidrig sei und nicht der Anordnung des Landesverwaltungsamtes zur Schulentwicklungsplanung entspreche. Aus diesem Grund bestünde für sie hierbei keine Möglichkeit Ermessen auszuüben.

Darüber hinaus bezog sich **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf die Wortmeldung von Herrn Paulsen und wies dessen Vorwürfe ausdrücklich zurück und ging in dem Zusammenhang auf den angesprochen Sachverhalt zur Auszahlung der Fördermittel für die Jugendhilfe in voller Höhe ein. Sie wies darauf hin, dass dieser Beschluss des Stadtrates rechtswidrig war und das Landesverwaltungsamt ihrem Widerspruch auch stattgegeben habe. Demzufolge war der Widerspruch ihrerseits nicht nur berechtigt, sondern zwingend.

Zudem sei die Verwaltung verpflichtet, Abwägungen vorzunehmen und im Ergebnis dessen nur aufgrund von Unabweisbarkeit berechtigt, Zuschüsse für bestimmte freiwillige Aufgaben auszus zahlen.

Insofern bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darum, eine sachliche Diskussion zu führen und die Verwaltung nicht auf populistische Art und Weise zu kritisieren.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Lange machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass sie ebenfalls nicht darüber erfreut wäre, wenn Schulen schließen müssen. Insbesondere mit Förderschulen sei sensibel umzugehen, da die Schüler besondere Unterstützung benötigen.

Weiterhin wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass die Errichtung einer Internationalen Schule nicht im Zusammenhang mit der Schulentwicklungsplanung und den Förderschulen diskutiert werden könne. Die Errichtung einer solchen Schule wäre eine Forderung aus Wirtschaft und Wissenschaft und für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Halle notwendig. Bei der vorliegenden Vorlage ginge es um eine Förderschule, bei der die Mindestschülerzahl nicht erreicht wurde.

Zudem könne sie die Ausführungen von Herrn Lange, dass die Internationale Schule mit städtischen Mitteln unterstützt werden soll, nicht nachvollziehen.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, sprach sich für die Schließung der Förderschule Jägerplatz aus und nannte die Gründe dafür. Sollte das Landesverwaltungsamt der Förderschule Jägerplatz die erforderliche Schülerzahl zuweisen, wirke sich dies möglicherweise negativ auf die Schülerzahlen der anderen Förderschulen aus.

Des Weiteren sei im Hinblick auf die Umsetzung der Inklusion davon auszugehen, dass die Zahl der Förderschüler geringer werde. Zudem habe ein Großteil des betroffenen Personenkreises den Schulwechsel in die Förderschule Comeniusschule bzw. in die Förderschule Pestalozzischule inzwischen hingenommen, so dass endlich eine Entscheidung getroffen werden sollte, um Klarheit für alle Beteiligten zu schaffen.

Abschließend wies **Herr Schachtschneider** darauf hin, dass Investitionen hinsichtlich des Brandschutzes in der Förderschule Jägerplatz zwingend notwendig wären, um eine Bestandsicherheit zu erreichen.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, erklärte, dass seine Fraktion den ursprünglichen Widerspruch der Oberbürgermeisterin durchaus nachvollziehen konnte, da der Stadtratsbeschluss in folgenden Punkten im Widerspruch zur Verordnung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung stand:

- Ablehnung der Fusionierung von Schulen in Halle-Neustadt
- Neueinrichtung eines Grundschulstandortes sowie Neueröffnung einer Grundschule
- Änderung von Schuleinzugsbereichen
- Ablehnung von Schulschließungen

**Herr Kley** machte deutlich, dass er nicht nachvollziehen könne, weshalb der Widerspruch zu den genannten Punkten zurückgezogen wurde. Insofern schloss er sich den Ausführungen von Herrn Paulsen an und unterstellte der Oberbürgermeisterin, willkürlich nach politischen Erwägungen zu agieren.

Darüber hinaus wurde das Gebäude der Förderschule Jägerplatz saniert und Brandschutzmaßnahmen durchgeführt. Mit dem Widerspruch der Oberbürgermeisterin werde die Stadtverwaltung ihrer Verantwortung mit dem Umgang städtischer Gebäude nicht gerecht. Zudem war der Stadtverwaltung zum Zeitpunkt der Sanierung der Förderschule die Entwicklung der Schülerzahlen bewusst.

**Herr Kley** merkte an, dass es seines Erachtens hierzu nochmals einer eindeutigen Rechtsfindung innerhalb der Stadtverwaltung bedarf und seine Fraktion der Vorlage der Verwaltung nicht zustimmen werde. Seitens des Stadtrates wurden Lösungsmöglichkeiten in Bezug auf die Förderschule Jägerplatz aufgezeigt. Diese habe die Verwaltung nicht berücksichtigt, sondern stattdessen seit drei Jahren einen erbitterten Kampf zur Schließung dieser Förderschule geführt.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies nochmals ausdrücklich darauf hin, dass sie verpflichtet war, Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates einzureichen und zitierte aus der Anordnung des Landesverwaltungsamtes:

... Es ergeht folgender Bescheid:

1. Der Standort der Förderschule für Lernbehinderte Jägerplatz ist gemäß § 64 (1) Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt aufzuheben.
2. Die Aufhebung des Schulstandortes ist danach in die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung zum Schuljahr 2012/13 aufzunehmen. Die Schule ist zum 31.07.2012 zu schließen. Die Fortschreibung ist mir bis zum 31.12.2011 vorzulegen...

**Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion**, gab bekannt, dass seine Fraktion der Vorlage der Verwaltung zustimmen werde. Die Stadt könne sich nicht erlauben, nicht ausgelastete Schulen aufrechtzuerhalten. In dem Zusammenhang erinnerte er an die finanzielle Situation sozialer Träger und Vereine aufgrund der vorgesehenen Mittelkürzung durch die Stadtverwaltung. Bei Schließung nicht ausgelasteter Schulen können die eingesparten Mittel beispielsweise diesen Vereinen und Trägern zur Verfügung gestellt werden.

Bezogen auf die Ausführungen von Herrn Kley erklärte **Herr Hopfgarten**, dass die FDP-Fraktion ansonsten oftmals Vorschläge zu Mittelstreichungen und Schließung von Einrichtungen unterbreite, welche nach ihrer Auffassung nicht unbedingt verpflichtend seien. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb jetzt bei der Förderschule Jägerplatz anders verfahren werde.

**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion**, merkte an, dass er das Verfahren nicht nachvollziehen könne. Das Landesverwaltungsamt schließe die Förderschule Jägerplatz ohnehin, unabhängig von dem Beschluss des Stadtrates. Seines Erachtens werde der Stadtrat seine Meinung auch aufgrund der Anordnung des Landesverwaltungsamtes nicht ändern. Insofern sei die Beratung zum vorliegenden Widerspruch nicht erforderlich.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Vorlage.

**geänderter Beschlussvorschlag:**

1.6.1 Der Stadtrat stimmt zu die **Förderschule Jägerplatz zum 31.07.2012 zu schließen** und die Verwaltung zu beauftragen, im Rahmen der erforderlichen Schulwechsel mit der Schulbehörde unter Berücksichtigung der Schüler- und Elternwünsche eine Einweisung in die gewünschten Förderschulen abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

23 Ja-Stimmen

25 Nein-Stimmen

6 Enthaltungen

---

**Anmerkung:**

Der Widerspruch der Oberbürgermeisterin wurde mit Schreiben vom 23.02.2012 auf den ablehnenden Beschluss des Stadtrates vom 14.12.2011 zum Beschlusspunkt 1.6.1 beschränkt.

**zu 5.5 Beschluss zur Änderung und Neufassung der Satzung des Planungsverbandes "Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14"  
Vorlage: V/2011/10271**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die als Anlage 2 beigefügte geänderte Satzung des Planungsverbandes „Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14“ vom 14.10.2011.

- zu 5.6      **Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES)**  
4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100  
Vorlage: V/2010/09265
- zu 5.6.1    **Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage: V/2010/09265 - Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100**  
Vorlage: V/2011/09828
- zu 5.6.3    **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100 (Vorlagen-Nr.: V/2010/09265)**  
Vorlage: V/2012/10410
- zu 5.6.4    **Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlagenr. V/2010/09265**  
Vorlage: V/2012/10487
- zu 5.7      **Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100**  
Vorlage: V/2010/08946
- zu 5.7.2    **Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage: V/2010/08946 - Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis B 100**  
Vorlage: V/2011/09829
- zu 5.7.3    **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlage V/2010/08946)**  
Vorlage: V/2011/10322
- zu 5.7.4    **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlagen-Nr.: V/2010/08946)**  
Vorlage: V/2012/10409

---

**Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE.**, stellte den Antrag, die Tagesordnungspunkte 5.6 und 5.7 aufgrund des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam zu beraten.

Es gab keine Widersprüche seitens der Stadtratsmitglieder. Damit wurde ohne förmliche Abstimmung zum Antrag von Herrn Dr. Köck danach verfahren.

**Herr Felke, SPD-Fraktion**, merkte eingangs an, dass nach der am Montag stattgefundenen Gesprächsrunde zwischen Fraktionen, Stadtratsmitgliedern, Stadtverwaltung und Fachleuten aus den Planungsbüros alle Fragen beantwortet seien.

Anschließend gab **Herr Felke** bekannt, dass seine Fraktion der Brückenvariante mit direkter Anbindung an die B 100 zustimmen werde, da diese sowohl technisch als auch im Hinblick auf die Kosten als die beste Lösung erscheine.

Darüber hinaus äußerte sich **Herr Felke** zu dem Verfahren insgesamt. Die Stadtverwaltung habe sich bereits vor längerer Zeit auf die Brückenvariante festgelegt, was von verschiedener Seite kritisiert wurde. Hierzu sollte sich der Stadtrat allerdings eingestehen, dass man dies habe so geschehen lassen. Insofern sei es auch Aufgabe des Stadtrates insgesamt, bei zukünftigen Entscheidungen rechtzeitig Änderungsvorschläge einzubringen. Dies wäre bei der vorliegenden Maßnahme unterblieben. Aus diesem Grund erfolgten lediglich zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Variante umfangreiche und detaillierte Ausarbeitungen.

**Herr Felke** bat darum, sowohl dem Grundsatzbeschluss als auch dem Baubeschluss zuzustimmen, um die Fördermittel sichern zu können.

**Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, beschrieb die Situation zur vorliegenden Thematik als Drama in vier Akten: Im ersten Akt war man als Stadtrat schlecht informiert. Im zweiten Akt war man irritiert. Im dritten Akt fühlte er sich hinter das Licht geführt. Und im vierten Akt fühlte er sich vorgeführt.

Im Grundsatzbeschluss wurden seitens der Verwaltung vier Varianten vorgestellt, welche städtebaulich unterschiedliche Auswirkungen aufzeigten. Im Laufe der Diskussionen habe sich herausgestellt, dass die städtebaulichen Auswirkungen des Vorhabens oberflächlich untersucht wurden und in der Entscheidungsfindung kaum eine Rolle spielten.

Die Fragen nach einer zeitgemäßen Verkehrslösung sowie nach dem Zerschneiden der Landschaft durch Brückenbauwerke, Dämme und die Unterbrechung gewachsener Ortsteile, wie zwischen Dautzsch und Diemitz, erhielten nur wenig Aufmerksamkeit. Die Verwaltung habe sich in den Diskussionen ausschließlich auf die Überführungsvariante konzentriert und nur für diese nachhaltige und detaillierte Untersuchungen der Entwurfsplanung vorgenommen. Eine Unterführung, wie sie bereits im südlichen Teil der HES im Bereich der Leipziger Chaussee existiere, wurde für den nördlichen Teil der HES aus nicht nachvollziehbaren Gründen nicht in die Überlegungen einbezogen.

Es wurde festgestellt, dass sich die Verwaltung mit den Vorschlägen der Stadträte und den Interessen der betroffenen Anwohner nicht ernsthaft auseinandergesetzt habe und keine ausreichende Beantwortung der Fragen erfolgte, da die Verwaltung immer wieder auf die Variante A als Vorzugsvariante zurückgekommen sei.

Darüber hinaus ging **Herr Sommer** auf den am vergangenen Montag stattgefundenen Gesprächstermin ein und dankte Herrn Stäglin für seine Einsatzbereitschaft, die offenen Fragen zu beantworten. Hierzu gab es in den Diskussionen zuvor des Öfteren Unklarheiten hinsichtlich der Kosten, da die Verwaltung sowohl mit Brutto- als auch mit Nettozahlen gearbeitet habe.

Weiterhin wies **Herr Sommer** darauf hin, dass Herr Beigeordneter Stäglin einen Kostenrahmen in Höhe von ca. 26,3 Mio. € verbindlich zugesagt habe. Er hoffe, dass nach Realisierung der Maßnahme dieser auch eingehalten werde.

Abschließend gab **Herr Sommer** bekannt, dass die Antragsteller den Änderungsantrag zum TOP 5.6.4 zurückziehen und seine Fraktion den Grundsatzbeschluss und den Baubeschluss aus vorgenannten Gründen ablehnen werde.

**Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE.**, stellte fest, dass die Variante A die kostengünstigste, aber nicht die beste sei. Die Verwaltung habe sich frühzeitig an den Kosten orientiert und andere Aspekte weniger berücksichtigt.

Des Weiteren kritisierte **Herr Dr. Köck** das Verfahren der Verwaltung und die fehlerhaften Informationen. Seitens der Stadträte gab es bereits frühzeitig den Wunsch, dass die Baukosten in Höhe von ca. 21. Mio. € detailliert aufgeschlüsselt werden. Dies wäre erst nach mehrmaliger Aufforderung und nach einem Jahr Diskussion erfolgt. Im Zuge dessen wurde deutlich, dass man ein Jahr lang über unterschiedliche Dinge gesprochen habe.

Im Zuge der in der letzten Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten ausgehändigten Meldebögen, nach denen in Deutschland Verkehrsprojekte geplant werden, wurde festgestellt, dass den Planungsabschnitten anderweitige Abgrenzungen zugrunde liegen als bisher angenommen.

Zudem seien in der Vorlage die Daten der Vorplanung Nettozahlen und die Daten im Baubeschluss Bruttodaten.

In Anbetracht dessen wäre der Beschluss nach Auffassung seiner Fraktion anfechtbar. Es müsse möglicherweise gerichtlich darüber befunden werden, ob und inwieweit die Abwägung fehlerhaft war.

Aus diesem Grund halte seine Fraktion den Änderungsantrag zum TOP 5.6.3 weiterhin aufrecht und bat um Zustimmung dessen, das Verfahren über die Planfeststellung an das Landesverwaltungsamt abzugeben. Damit können wesentliche Probleme in Bezug auf die Frage der Befangenheit für die Zukunft vermieden werden.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, erklärte, dass es ihm außerordentlich schwer falle, den vorliegenden Vorlagen zuzustimmen und kritisierte ebenfalls das Verfahren der Verwaltung. Der ursprüngliche Fehler sei die Vorlage einer Informationsvorlage gewesen, in der die Verwaltung sich für die Überführungsvariante entschieden habe. Hier hätte die Verwaltung seines Erachtens eine Beschlussvorlage über einen Grundsatzbeschluss vorlegen müssen. Es sei nicht korrekt gewesen, vorab Fakten zu schaffen und Planungsleistungen in Anspruch zu nehmen und danach den Grundsatzbeschluss gemeinsam mit dem Baubeschluss vorzulegen.

**Herr Bönisch** schloss sich den Ausführungen von Herrn Dr. Köck an, dass eine Unterführungsvariante städtebaulich und vor allem für die betroffenen Anwohner zweifelsohne die beste Lösung wäre. Die Unterführungsvariante hätte von Beginn an untersucht werden müssen. Mit einem frühzeitig vorgelegten Grundsatzbeschluss hätte man dies möglicherweise aufgreifen können.

Er habe allerdings zu keiner Zeit den Eindruck gehabt, dass die Verwaltung ernsthaft eine Unterführungsvariante in Erwägung ziehe, sondern nur die Kosten im Blick hatte. Die Kostenfrage liege aber in der Entscheidung des Stadtrates.

Erst nachdem sich die betroffenen Anwohner in das Verfahren einbringen wollten, gab es seitens der Verwaltung durch den damaligen zuständigen Beigeordneten Herrn Dr. Pohlack Offenheit. Im Ergebnis der damals gemeinsam geführten Gespräche wurde sich beispielsweise auf die Verschwenkung der Trassenführung und eine zusätzliche Lärmschutzmaßnahme verständigt.

Ungeachtet dessen bedauerte **Herr Bönisch**, dass nun lediglich die Möglichkeit bestünde, der vorgeschlagenen Vorzugsvariante der Verwaltung zuzustimmen, um Fördermittel zu erhalten und die Maßnahme fertigstellen zu können.

Bezugnehmend auf den Änderungsantrag von Herrn Sprung zum Grundsatz- und Baubeschluss bat **Herr Bönisch** um Zustimmung dessen. Seines Erachtens sei die Unterteilung des 4. Bauabschnittes in die Bauabschnitte 4 a und 4 b vernünftig.

**Herr Sängler, CDU-Fraktion**, äußerte sich als Vorsitzender des Ausschusses für Planungsangelegenheiten zum Diskussionsverlauf des Vorhabens. Der Ausschuss für Planungsangelegenheiten habe sich elf Mal seit dem Jahr 2003 mit diesem Thema fachlich und inhaltlich befasst. Zudem gab es zwei Gesprächstermine außerhalb des Rahmens des Ausschusses unter Einbeziehung der Bürgerinitiative.

Aufgrund der langwierigen Diskussionen und dem nochmaligen Gesprächstermin am vergangenen Montag sollte endlich eine Entscheidung getroffen und der Beschluss gefasst werden.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, verwies auf ein anderes wesentliches Problem bei der vorliegenden Vorlage. Die Maßnahme sei eines der größten und umstrittensten Bauvorhaben in der Stadt Halle und eine Vielzahl der Bürger im Osten der Stadt Halle werde zukünftig durch Lärm von dieser Straße betroffen sein.

In der Vergangenheit wurden den Anwohnern zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen zugesagt und infolge dessen auch in die Beschlussvorlage aufgenommen. Die Verwaltung habe die Zusage nun in der Form relativiert, dass nur bei zusätzlichen finanziellen Mitteln diese Maßnahmen umgesetzt werden können.

Aus Sicht seiner Fraktion führe dies bei den Bürgern zu einem erheblichen Vertrauensverlust gegenüber der Stadtverwaltung und auch des Stadtrates. Stadtverwaltung und Stadtrat seien in der Pflicht, einen maximalen Schallschutz für die Anwohner zu gewährleisten.

Aufgrund dessen wurde seitens seiner Fraktion der Änderungsantrag entsprechend des TOP 5.7.3 eingebracht und beantragt, die zusätzlichen Schallschutzmaßnahmen verbindlich umzusetzen.

Aus vorgenannten Gründen bat **Herr Paulsen** um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, bat um Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung und merkte eingangs an, dass seine Fraktion die Planungen für die Haupterschließungsstraße seit dem Jahr 1991 positiv begleite. Diese wäre dringend notwendig, um den Straßenverkehr in anderen Bereichen der Stadt zu entlasten. Beispielsweise werde die gesamte Trasse entlang des Riebeckplatzes deutlich davon profitieren und für die Anwohner des Ortsteils Dautzsch bessere Anbindungen an das Straßennetz vorhanden.

Demzufolge wäre der positive Aspekt der HES durchaus unbestritten. Jetzt müsse innerhalb des dicht bebauten Bereiches abgewogen werden, inwieweit die Beeinflussung von vorhandenen Baulichkeiten positiv bzw. negativ erfolge.

Insofern habe seine Fraktion frühzeitig Akteneinsicht genommen und war im Zuge dessen verwundert, dass zu diesem Zeitpunkt die Unterlagen zur Planfeststellung bereits fertiggestellt waren, obwohl der Grundsatzbeschluss durch den Stadtrat noch nicht getroffen wurde.

In dem Zusammenhang kritisierte **Herr Kley**, dass die Verwaltung trotz der fertiggestellten Unterlagen die Fragen der Stadträte teilweise nicht beantworten konnte, nicht zufriedenstellende Angaben gemacht und unklare Aussagen getroffen habe.

Er gehe davon aus, dass zukünftig die jeweiligen Vorhaben in der Stadt Halle in einem vernünftigen Rahmen geplant werden. Es wäre nicht ausreichend, den Stadtrat in Form einer Informationsvorlage zu informieren.

Darüber hinaus wies **Herr Kley** darauf hin, dass die Verwaltung den Stadtrat bei anderweitigen Maßnahmen ebenfalls nicht ordnungsgemäß einbeziehe. Beispielsweise wurden seitens der Stadtverwaltung Fördermittel für Straßenbauvorhaben beantragt, ohne dass der Stadtrat einbezogen werde, wie z. B. in der Merseburger Straße in Höhe des ComCenter. Zudem wurde dem Stadtrat das Ergebnis zur Variantenprüfung zu den vorgesehenen Baumaßnahmen an der Heideallee bisher nicht vorgelegt.

In Anbetracht dessen machte **Herr Kley** deutlich, dass sich der Stadtrat zukünftig nicht mehr unter Druck setzen lassen werde, sollte die Verwaltung ihre Verfahrensweise nicht ändern.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, bat unter Berücksichtigung der Änderungsanträge von Herrn Sprung um Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung. Mit der vorgeschlagenen Variante der Verwaltung werde ein Verkehrsproblem in der Stadt Halle gelöst.

Gleichzeitig machte **Herr Misch** darauf aufmerksam, dass eine Unterführungsvariante städtebaulich für die Zukunft die bessere Lösung wäre, diese aber in Anbetracht der Haushaltssituation nicht realisiert werden könne. Ebenso werde in anderen Bereichen über fehlende finanzielle Mittel geklagt und Einsparungsvorschlägen der Verwaltung nicht zugestimmt.

Aufgrund dessen sollte sich in Vorbereitung derartiger Projekte Stadtrat und Verwaltung darauf verständigen, ob eine komfortable und damit eine kostenaufwendigere Lösung gewollt sei. Im Gegenzug müsse dann aber auch auf andere Leistungen verzichtet werden und dies den Bürgern, Trägern und Vereinen deutlich gemacht werden.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, brachte zum Ausdruck, dass es bei dem vorliegenden Beschluss nicht um eine völlig neue Verkehrsstrasse ginge, sondern die bisherigen Investitionen aus den Bauabschnitten zuvor verkehrswirksam werden zu lassen. Damit werden Entlastungen im innerstädtischen Bereich erreicht und die Verkehrsanbindung für gewerbliche Bauflächen im Osten der Stadt Halle verbessert.

In Bezug auf die stattgefundenen Gesprächstermine außerhalb der Ausschusssitzungen führte **Herr Beigeordneter Stäglin** aus, dass die Verwaltung hierfür jederzeit zur Verfügung stand und die Fraktionen und Stadträte dies auch in Anspruch genommen haben. Zudem sei die Teilnahme der Bürgerinitiative an der Beratung am vergangenen Montag erfreulich gewesen.



Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Sommer machte **Herr Beigeordneter Stäglin** deutlich, dass der im Baubeschluss aufgeführte Kostenrahmen in Höhe von 26,3 Mio. € den aktuellen Planungsstand beinhalte. Dabei seien auch die möglichen Kosten von Energieversorgern und der Deutschen Bahn berücksichtigt und in der Arbeitsanweisung zur Kostenermittlung im Straßenverkehr (AKS) dargestellt. Allerdings können die tatsächlichen Kosten erst nach Fertigstellung der Maßnahme verbindlich bekanntgegeben werden.

Anschließend ging **Herr Beigeordneter Stäglin** auf die Wortmeldung von Herrn Dr. Köck sowie auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. ein. Die Stadt Halle habe die gesetzliche Aufgabe, das Planfeststellungsverfahren bis zu Ende durchzuführen. Aus diesem Grund könne er dem Vorschlag, den Vorgang an das Landesverwaltungsamt abzugeben, nicht zustimmen.

Darüber hinaus erklärte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass eine Unterführungsvariante städtebaulich die bessere Lösung wäre. Die Verantwortung der Verwaltung bestünde aber auch darin, dem Stadtrat einen Vorschlag zu unterbreiten, welcher finanziell umsetzbar sei. Der finanzielle Unterschied zwischen einer Überführungsvariante und einer Unterführungsvariante liege bei ca. 14 Mio. €. Dies könne die Verwaltung in Anbetracht der städtischen Haushaltssituation nicht vertreten.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Paulsen wies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf hin, dass sich die Verwaltung beim Fördermittelgeber für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen einsetze und ggf. nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten suche. Eine verbindliche Zusage zur Realisierung dieser Maßnahmen könne er zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht geben. Dies halte er auch gegenüber den Bürgern für den ehrlicheren und besseren Umgang.

Des Weiteren verwies **Herr Beigeordneter Stäglin** auf die Änderung der Förderrichtlinie des Landes Sachsen-Anhalt. Danach liege der Regelfördersatz nicht mehr bei 80 %, sondern wurde auf 60 % festgelegt. Bei Vorhaben mit landesweiter Bedeutung sei aber weiterhin eine Förderung von bis zu 80 % möglich. Aus Sicht der Verwaltung sei die Fertigstellung der HES von landesweiter Bedeutung, so dass es wichtig wäre, die notwendigen Gespräche mit dem Land zu führen, um eine Förderung in Höhe von 80 % zu erhalten.

Abschließend merkte **Herr Beigeordneter Stäglin** an, dass der Stadtrat auch weiterhin in den Prozess einbezogen und beispielsweise über das Ergebnis der Gespräche mit dem Fördermittelgeber informiert werde.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, erklärte sich mit den Ausführungen von Herrn Beigeordneten Stäglin nicht einverstanden. Den betroffenen Anwohnern wurde zugesagt, zusätzliche Schallschutzmaßnahmen vorzunehmen. Sollten keine Fördermittel dafür bewilligt werden, müsse die Stadt die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Änderungsanträge und der Vorlage.

zu 5.6.1 **Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage:  
V/2010/09265 - Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100  
Vorlage: V/2011/09828**

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

**Der Grundsatzbeschluss wird um folgenden Punkt 3. ergänzt:  
Mit dem Fördermittelgeber ist die Finanzierung für die schnellstmögliche Realisierung des 4. Bauabschnittes abzustimmen. Dies kann auch beinhalten, dass Teil- oder Unterabschnitte gebildet und gefördert werden.**

---

**Anmerkung:**

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

Der 4. Bauabschnitt der Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) wird in zwei Abschnitten, Abschnitt 4a Delitzscher Straße bis Reideburger Landstraße und Abschnitt 4b Reideburger Landstraße bis Berliner Straße B 100 weiterbearbeitet. Abschnitt 4a wird in der vorliegenden Form zur Abstimmung gebracht. Abschnitt 4b wird nach erneuter Prüfung der Varianten erneut in die Gremien eingebracht.

---

zu 5.6.3 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum  
Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost  
(HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100 (Vorlagen-Nr.:  
V/2010/09265)  
Vorlage: V/2012/10410**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt die Einfügung eines Punktes 3.*

*3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, beim Landesverwaltungsamt um Amtshilfe gem. §§ 4 - 8 Verwaltungsverfahrensgesetz hinsichtlich der Durchführung des Planfeststellungsverfahrens zu bitten.*

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

---

zu 5.6.4 **Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Grundsatzbeschluss Haupteerschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlagenr. V/2010/09265  
Vorlage: V/2012/10487**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorzugsvariante Brücken im Bereich Berliner Straße – B 100 (Variante A) im Beschlusspunkt 1 gestrichen und alternativ **Variante B optimiert** mit Tunnellösung realisiert wird.*

*Der Beschlusspunkt 1 erhält demnach folgende Fassung:*

1. *Der Stadtrat beschließt die in Fortschreibung des Linienbestimmungsbeschlusses von 1993 neu herausgearbeitete Variante zum Abschnitt Delitzscher Straße - B 100 der HES 4. BA:*

- *Die Trasse läuft vom Ende des Bauabschnittes 3b2 der HES in einer 1.100 m langen Geraden in Richtung Norden bis zur Reideburger Landstraße,*
- *zwischen Bau-km 4+700 und 5+400 erfolgt eine Verschwenkung der Straßenachse mit einem Kurvenradius  $R = 700m$  aus dem geradlinigen Verlauf um bis zu 52 m.*
- *Anschluss der HES an die B 100 am Knoten 14 mit kompletter Unterführung im Bereich Berliner Straße bis zur B 100 durch einen Tunnel (mit Schildvortrieb) (Variante B optimiert)*

*als Grundlage für die weitere Planung und Planfeststellung.*

**Abstimmungsergebnis:**

**zurückgezogen**  
durch Antragsteller

---

zu 5.6 **Grundsatzbeschluss Haupteerschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES)  
4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100  
Vorlage: V/2010/09265**

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

1. **Der Stadtrat beschließt die in Fortschreibung des Linienbestimmungsbeschlusses von 1993 neu herausgearbeitete Vorzugsvariante zum Abschnitt Delitzscher Straße - B 100 der HES 4. BA:**

- **Die Trasse läuft vom Ende des Bauabschnittes 3b2 der HES in einer 1.100 m langen Geraden in Richtung Norden bis zur Reideburger Landstraße,**

- zwischen Bau-km 4+700 und 5+400 erfolgt eine Verschwenkung der Straßenachse mit einem Kurvenradius  $R = 700\text{m}$  aus dem geradlinigen Verlauf um bis zu 52 m.
- Es folgt i.V.m. dem teilplanfreien Knotenpunkt Berliner Straße die Überführung der HES über die Berliner Straße, den Gleisanlagen der DB AG u. der B 100 mit direktem planfreien Anschluss der HES an die B 100 am Knoten 14 (Anlage 5).

als Grundlage für die weitere Planung und Planfeststellung.

2. Es sind die technischen und räumlichen Voraussetzungen für Schallschutzmaßnahmen nach DIN 18005 zu berücksichtigen.
3. Mit dem Fördermittelgeber ist die Finanzierung für die schnellstmögliche Realisierung des 4. Bauabschnittes abzustimmen. Dies kann auch beinhalten, dass Teil- oder Unterabschnitte gebildet und gefördert werden.

**Anmerkung:**

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:  
 Der Stadtrat beschließt die weitere Planung / Planfeststellung zum Abschnitt Delitzscher Straße - B 100 der HES 4. BA entsprechend Vorzugsvariante.

zu 5.7.2 **Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage:  
 V/2010/08946 - Baubeschluss HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis B 100  
 Vorlage: V/2011/09829**

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss (in geänderter Form):**

Der Baubeschluss wird um folgenden Punkt 4. ergänzt:  
 Mit dem Fördermittelgeber ist die Finanzierung für die schnellstmögliche Realisierung des 4. Bauabschnittes abzustimmen. Dies kann auch beinhalten, dass Teil- oder Unterabschnitte gebildet und gefördert werden.

**Anmerkung:**

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

Der 4. Bauabschnitt der HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) wird in zwei Abschnitten, Abschnitt 4a Delitzscher Straße bis Reideburger Landstraße und Abschnitt 4b Reideburger Landstraße bis Berliner Straße B 100 weiterbearbeitet. Abschnitt 4a wird in der vorliegenden Form zur Abstimmung gebracht. Abschnitt 4b wird nach erneuter Prüfung der Varianten erneut in die Gremien eingebracht.

zu 5.7.3 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Baubeschluss HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlage V/2010/08946)**  
Vorlage: V/2011/10322

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**  
26 Ja-Stimmen  
25 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

**Beschluss:**

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat beschließt die weitere Planung und die Bauausführung des 4. Bauabschnittes der HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE.

Weiterhin beschließt der Stadtrat:

1. Die Querung der HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE im Zuge des Hobergweges plan- gleich auszubilden.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Planung unter Bezug auf das Ver- kehrspolitische Leitbild der Stadt Halle zur Berücksichtigung eines optimalen Schallschutzes gemäß DIN 18005 mit folgenden zusätzlichen Schallschutzmaß- nahmen entsprechend Anlage 6.2 fortzuführen:
  - Verlängerung der Schallschutzwand (h = 2,0 m) in Richtung Delitzscher Straße um ca. 210 m
  - Verlängerung des Schallschutzwalles (h = 2,0 m) um ca. 200 m nach Norden in Richtung Berliner Straße
  - Errichtung einer Schallschutzwand (h = 1,0 bis 2,0 m) in Richtung Norden bis einschließlich Bauwerk 10 von ca. 400 m

Angestrebt wird, ~~Der Beschluss zu Nr. 2 steht unter der Bedingung, dass die Schallschutzmaßnahmen unter Nutzung von Synergieeffekten aus der Kombi- nation mit Anlagen zur Solarenergiegewinnung finanziert werden oder eine an- dere für den städtischen Haushalt neutrale Lösung gefunden wird. Sofern dies nicht durchsetzbar ist, wird die Verwaltung beauftragt, den Baubeschluss mit den Schallschutzmaßnahmen gemäß den gesetzlichen Anforderungen umzu- setzen~~

---

- zu 5.7.4 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Baubeschluss HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE GEBIETE HALLE-OST (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlagen-Nr.: V/2010/08946)**  
Vorlage: V/2012/10409

**geänderter Beschlussvorschlag:**

*Der 1. Satz in der Vorlage wird wie folgt geändert:*

*Der Stadtrat beschließt die weitere Planung **auf der Grundlage des Grundsatzbeschlusses V/2010/09265 vom 25.01.2012 29.02.2012** und die Bauausführung des 4. Bauabschnittes der HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE **gemäß der Planfeststellung.***

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

---

- zu 5.7 **Baubeschluss HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE GEBIETE HALLE-OST (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100**  
Vorlage: V/2010/08946

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

**Der Stadtrat beschließt die weitere Planung und die Bauausführung des 4. Bauabschnittes der HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE.**

**Weiterhin beschließt der Stadtrat:**

- 1. Die Querung der HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE im Zuge des Hobergweges plan- gleich auszubilden.**
- 2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Planung unter Bezug auf das Ver- kehrspolitische Leitbild der Stadt Halle zur Berücksichtigung eines optimalen Schallschutzes gemäß DIN 18005 mit folgenden zusätzlichen Schallschutzmaß- nahmen entsprechend Anlage 6.2 fortzuführen:**
  - Verlängerung der Schallschutzwand (h = 2,0 m) in Richtung Delitzscher Straße um ca. 210 m**
  - Verlängerung des Schallschutzwalles (h = 2,0 m) um ca. 200 m nach Norden in Richtung Berliner Straße**
  - Errichtung einer Schallschutzwand (h = 1,0 bis 2,0 m) in Richtung Norden bis einschließlich Bauwerk 10 von ca. 400 m**

**Angestrebt wird, dass die Schallschutzmaßnahmen unter Nutzung von Syner- gieeffekten aus der Kombination mit Anlagen zur Solarenergiegewinnung fi- nanziert werden oder eine andere für den städtischen Haushalt neutrale Lösung gefunden wird.**







zu 5.14 **Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012**  
Vorlage: V/2012/10417

zu 5.14.1 **Änderungsantrag des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE.) zur Vorlage "Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10417)**  
Vorlage: V/2012/10486

zu 5.14.2 **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012**  
Vorlage: V/2012/10498

zu 5.14.3 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur Vorlage "Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10417)**  
Vorlage: V/2012/10499

---

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, ging auf die Diskussionen im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung ein und teilte mit, welche Punkte der Änderungsanträge die Verwaltung übernehme:

Der Änderungsantrag von Herrn Knöchel werde übernommen und der Hansering als Veranstaltungsort aus der Ausschreibung gestrichen. In Abhängigkeit der Bewerberlage werde dann entschieden, ob der Hansering einbezogen werde.

In Bezug auf den Änderungsantrag der FDP-Fraktion werde der Änderungsvorschlag unter Punkt 2. Veranstaltungsorte,

Hallmarkt: „Hier gestaltet der Schaustellerverband Sachsen-Anhalt für die etwas älteren Besucher einen Weihnachtsjahrmarkt.“

übernommen.

Hinsichtlich des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE. werde die Intention des Beschlusspunktes 3

3. Die Bewerber für den Halleschen Weihnachtsmarkt sichern einen barrierefreien Zugang zu ihren Verkaufsständen bzw. sichern eine alternative Bedienung von RollstuhlfahrerInnen und/oder RollatorenbenutzerInnen.  
Die barrierefreie Zugänglichkeit von Weihnachtskrippe und Bücherbox wird gesichert.

in den Ausschreibungstext und der Beschlusspunkt 4

4. Die elektrischen Versorgungsleitungen sollen rückwärtig verlegt werden, sofern dies partiell nicht möglich ist, sind ausschließlich Kabelbrücken statt Kabelmatten zu verwenden.

in die Vorlage der Verwaltung übernommen.

Bezüglich der im Änderungsantrag der FDP-Fraktion vorgeschlagenen Öffnungszeiten ab 11:00 Uhr erklärte **Herr Beigeordneter Neumann**, dass damit für die Kindergärten keine Möglichkeit bestünde, den Weihnachtsmarkt zu besuchen, da diese in ihren Einrichtungen 11:30 Uhr zu Mittag essen. Insofern halte die Verwaltung ihre Öffnungszeiten von 10:00 bis 21:00 Uhr weiterhin aufrecht.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, gab bekannt, dass Herr Knöchel seinen Änderungsantrag entsprechend des TOP 5.14.1 zurückgezogen habe.

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, machte deutlich, dass entsprechend des Änderungsantrages ihrer Fraktion auf einen barrierefreien Zugang geachtet und in der Ausschreibung explizit darauf hingewiesen werden müsse. Im Zuge der Durchführung des Weihnachtsmarktes im vergangenen Jahr wurden Klagen durch Behindertenverbände eingereicht, da dies trotz der gesetzlichen Vorschriften nicht berücksichtigt wurde.

Des Weiteren bat **Frau Haupt** darum, dass der Behindertenbeauftragte der Stadt hierbei einbezogen werde und die Ausschreibung des Halleschen Weihnachtsmarktes 2012 in den zuständigen Fachausschüssen den Ausschussmitgliedern vorab zur Kenntnis gegeben werde.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, sicherte zu, dass im Ausschreibungstext explizit auf den barrierefreien Zugang hingewiesen und der Behindertenbeauftragte der Stadt Halle entsprechend einbezogen werde.

Aufgrund der Aussagen von Herrn Beigeordneten Neumann erklärte **Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, den Änderungsantrag ihrer Fraktion für erledigt.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte im Zusammenhang mit den vorgesehenen finanziellen Kürzungen der Stadtmarketing GmbH inwieweit diese das Kulturprogramm zum diesjährigen Weihnachtsmarkt umsetzen könne.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, erinnerte daran, dass der Wirtschaftsplan der Stadtmarketing GmbH durch den Stadtrat beschlossen wurde. Insofern bestünde dahin gehend kein Risiko.

Sollten die Einsparvorschläge in der Haushaltskonsolidierung dennoch umgesetzt werden, würde man nach Sponsoren suchen, um die Leistungen anbieten zu können. Beispielsweise sei beabsichtigt, mit den Stadtwerken hinsichtlich der Lichtgestaltung Gespräche zu führen.

**Herr Hajek, FDP-Fraktion**, gab bekannt, dass er aufgrund der Diskussionen im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung den Änderungsantrag seiner Fraktion zurückziehe. Seine Fraktion werde die Zweckmäßigkeit der Öffnungszeiten des Weihnachtsmarktes in diesem Jahr beobachten und ggf. für die Ausschreibung des Weihnachtsmarktes 2013 rechtzeitig entsprechende Änderungsanträge einbringen.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, merkte an, dass er davon ausgegangen war, dass die FDP-Fraktion einen anderweitigen Kompromissvorschlag hinsichtlich der Öffnungszeiten einbringe.

Seines Erachtens sollten die Öffnungszeiten grundsätzlich auf 10:00 bis 22:00 Uhr einschließlich der Geschirrrückgabe festgelegt werden und die Händler selbst entscheiden können, ob sie ihre Stände später öffnen oder früher schließen.

Zudem machte **Herr Bönisch** darauf aufmerksam, dass die in der Ausschreibung vorgesehenen 12 Glühweinstände ausreichend wären und darauf zu achten sei, dass diese Anzahl nicht überschritten werde, um nicht wie im vergangenen Jahr ca. 30 Glühweinstände zuzulassen.

Darüber hinaus teilte **Herr Bönisch** mit, dass seinerseits durchaus weiterer Beratungsbedarf dazu bestünde und fragte, ob die Beschlussfassung zur vorliegenden Vorlage um einen Monat verschoben werden könne.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, sprach sich gegen eine Vertagung aus. Er machte deutlich, dass eine Vielzahl der Städte die Ausschreibungen für ihren Weihnachtsmarkt in den nächsten Wochen veröffentlichen. Sollte die Ausschreibung der Stadt Halle um einen Monat verschoben werden, reduziere sich auch die Auswahl der vernünftigen Bewerber und attraktiven Angebote. Aus diesem Grund sei ein Beschluss in der heutigen Stadtratssitzung erforderlich.

Des Weiteren erläuterte **Herr Beigeordneter Neumann** den Grundgedanken der vorgeschlagenen Öffnungszeiten. Bisher haben die Händler ihre Stände im Rahmen der vorgegebenen Öffnungszeiten zu unterschiedlichen Zeiten geschlossen. Dies wäre entsprechend des Vorschlages der Verwaltung jetzt nicht mehr möglich. Die Verkaufsstände müssen wochentags von 10:00 bis 21:00 Uhr geöffnet sein. Die Geschirrrückgabe sei bis 22:00 Uhr abzuschließen. Sollte während der Zeit der Geschirrrückgabe ein Händler weiterhin Glühwein ausschenken, werden hier keine Ordnungsmaßnahmen eingeleitet. Damit werde man flexibel umgehen und dies tolerieren.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fügte hinzu, dass feste Öffnungszeiten vorgegeben werden müssen, um den Besuchern des Weihnachtsmarktes zu gewährleisten, das Angebot aller Verkaufsstände in Anspruch nehmen zu können. Anderenfalls bestünde die Gefahr, dass z. B. 20:00 Uhr nur noch Imbiss- und Glühweinstände geöffnet haben.

Ihres Erachtens sei der Vorschlag der Verwaltung ein vernünftiger Kompromiss, die Zeit zwischen 21:00 Uhr und 22:00 Uhr zum Ausklingen nutzen zu können und in der Ausschreibung als Geschirrrückgabe zu deklarieren.

Zudem wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass die Händler ihre Stände definitiv 22:00 Uhr zu schließen haben. Sollte ein Händler länger geöffnet haben, werde ordnungsrechtlich dagegen vorgegangen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, konnte der beabsichtigten Vorgehensweise der Verwaltung zustimmen. Allerdings könne die Ausschreibung beanstandet werden, da der Ausschreibungstext hinsichtlich der Öffnungszeiten seiner Auffassung nach nicht eindeutig formuliert sei und sich die Verfahrensweise im Beschlusstext nicht wiederfinde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** widersprach den Ausführungen von Herrn Krause. In der Ausschreibung seien die Öffnungszeiten klar geregelt. Die Händler haben ihre Stände von 10:00 bis 21:00 Uhr zu öffnen. Die Geschirrrückgabe an den Glühwein- und Imbissständen ist bis 22:00 Uhr abzuschließen.

Demzufolge wäre sichergestellt, dass um 21:00 Uhr alle Händler ihre Stände schließen. Lediglich die Geschirrrückgabe erfolge bis 22:00 Uhr.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

zu 5.14.1 Änderungsantrag des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE.) zur Vorlage "Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10417)  
Vorlage: V/2012/10486

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:*

*Die Oberbürgermeisterin empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:*

1. *Der Stadtrat beschließt das nachstehende Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012, jedoch ohne den Veranstaltungsort Hansering. Der Wochenmarkt ist, im Benehmen mit dem Händlerbeirat für einen anderen Standort zu planen.*
2. *Der Stadtrat beschließt, dass auch in 2012 ein Wintermarkt durchgeführt wird. Mit der Durchführung des Wintermarktes wird wieder die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH beauftragt.*

**Abstimmungsergebnis:**

**zurückgezogen**  
durch Antragsteller

---

**Anmerkung:**

Der Änderungsantrag wurde durch die Verwaltung übernommen.

---

zu 5.14.2 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012  
Vorlage: V/2012/10498

**Beschlussvorschlag:**

*Die Oberbürgermeisterin empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:*

**Der Stadtrat fasst folgenden Beschluss:**

1. *Der Stadtrat beschließt das nachstehende Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012 mit nachfolgenden Änderungen.*
2. *Der Stadtrat beschließt, dass auch in 2012 ein Wintermarkt durchgeführt wird. Mit der Durchführung des Wintermarktes wird wieder die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH beauftragt.*

## **1. Veranstaltungszeitraum und Öffnungszeiten**

Der Hallesche Weihnachtsmarkt soll vom **27.11.2012, 17.00 Uhr, bis 23.12.2012, 20.00 Uhr**, stattfinden.

Die Öffnungszeiten werden daher wie folgt festgelegt:

**27.11.2012** von ~~17.00~~ **17.00** bis ~~21.00~~ **22.00** Uhr (Eröffnung)

**Montag bis Samstag** von ~~10.00~~ **11.00** bis ~~21.00~~ **22.00** Uhr

**Sonntag** von **11.00** bis ~~21.00~~ **22.00** Uhr

**23.12.2012** von ~~10.00~~ **11.00** bis **20.00** Uhr

Die Geschirrrückgabe an den Glühwein- und Imbissständen ist bis ~~22.00~~ **22.30** Uhr abzuschließen.

Die Kunsthändler, die auf dem Marktplatz in einem als „Kunstmarkt“ abgegrenzten Bereich platziert werden, dürfen bereits ab 19.00 Uhr schließen.

## **2. Veranstaltungsorte**

Hallmarkt: Hier gestaltet der Schaustellerverband Sachsen-Anhalt für die etwas älteren Besucher einen Weihnachtsjahrmarkt.

Die Kunsthändler, die bereits ab 19.00 Uhr schließen möchten, werden auf dem Marktplatz in einem als „Kunstmarkt“ abgegrenzten Bereich platziert.

Die Illumination des Weihnachtsmarktes auf dem Marktplatz, an der Marienkirche, am Hallmarkt, am Alten Markt, in der Leipziger Straße/Ulrichskirche, am Leipziger Turm und im Hansering ist Bestandteil des Weihnachtsmarktes.

**Abstimmungsergebnis:**

**zurückgezogen**  
durch Antragsteller

---

### **Anmerkung:**

Der Änderungsvorschlag unter Punkt 2. Veranstaltungsorte,

Hallmarkt: „Hier gestaltet der Schaustellerverband Sachsen-Anhalt für die etwas älteren Besucher einen Weihnachtsjahrmarkt.“

wurde von der Verwaltung übernommen.

---

**zu 5.14.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur Vorlage "Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10417)  
Vorlage: V/2012/10499**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung.

Die Oberbürgermeisterin empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stadtrat beschließt das nachstehende Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012.

2. *Der Stadtrat beschließt, dass auch in 2012 ein Wintermarkt durchgeführt wird. Mit der Durchführung des Wintermarktes wird wieder die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH beauftragt.*
3. ***Die Bewerber für den Halleschen Weihnachtsmarkt sichern einen barrierefreien Zugang zu ihren Verkaufsständen bzw. sichern eine alternative Bedienung von RollstuhlfahrerInnen und/oder RollatorenbenutzerInnen.  
Die barrierefreie Zugänglichkeit von Weihnachtskrippe und Bücherbox wird gesichert.***
4. ***Die elektrischen Versorgungsleitungen sollen rückwärtig verlegt werden, sofern dies partiell nicht möglich ist, sind ausschließlich Kabelbrücken statt Kabelmatten zu verwenden.***

**Abstimmungsergebnis:**

**erledigt**  
durch Verwaltung übernommen

---

**Anmerkungen:**

- Die Intention des Beschlusspunktes 3 wird in den Ausschreibungstext übernommen.
  - Der Beschlusspunkt 4 wird in die Vorlage der Verwaltung übernommen.
- 

**zu 5.14 Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012  
Vorlage: V/2012/10417**

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

1. ***Der Stadtrat beschließt das nachstehende Konzept zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2012, jedoch ohne den Veranstaltungsort Hansering. Der Wochenmarkt ist, im Benehmen mit dem Händlerbeirat für einen anderen Standort zu planen.***
  2. ***Der Stadtrat beschließt, dass auch in 2012 ein Wintermarkt durchgeführt wird. Mit der Durchführung des Wintermarktes wird wieder die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH beauftragt.***
  3. ***Die elektrischen Versorgungsleitungen sollen rückwärtig verlegt werden, sofern dies partiell nicht möglich ist, sind ausschließlich Kabelbrücken statt Kabelmatten zu verwenden.***
- 

**Anmerkungen:**

- Entsprechend des Änderungsantrages zum TOP 5.14.1 wird der Hansering aus dem Ausschreibungstext gestrichen.

- Entsprechend des Änderungsantrages zum TOP 5.14.2 wird folgende Streichung unter Punkt 2. Veranstaltungsorte, Hallmarkt vorgenommen: „Hier gestaltet der Schaustellerverband Sachsen-Anhalt für die etwas älteren Besucher einen Weihnachtsjahrmarkt.“
- Die Intention des Beschlusspunktes 3 des Änderungsantrages 5.14.3 wird in den Ausschreibungstext übernommen.

**zu 5.15 Teil-Rücknahme des Widerspruchs gegen die Haushaltsverfügung 2010**  
**Vorlage: V/2012/10484**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

**Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt,**

**den Widerspruch der Stadt Halle (Saale) vom 15.07.2010 gegen Ziffer 3 der Haushaltsverfügung für das Jahr 2010 vom 21. Juni 2010 insoweit zurückzunehmen, dass die Veräußerungserlöse aus dem VNG-Anteilsverkauf in Höhe von 39.547.000 Euro zur Abdeckung der Altfehlbeträge verwendet werden.**

**zu 6 Wiedervorlage**

**zu 6.2 gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Neubau einer Brücke zur Peißnitzinsel an der Eissporthalle**  
**Vorlage: V/2011/10153**

**zu 6.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Neubau einer Brücke zur Peißnitzinsel an der Eissporthalle**  
**(Vorlage: V/2011/10153)**  
**Vorlage: V/2011/10203**

---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** wies eingangs auf die durch die Antragsteller vorgenommene Änderung im Beschlusspunkt 2 hin. Im Zuge dessen kritisierte er, dass die Realisierung der Maßnahme nach Aussage der Verwaltung erst im Jahr 2013 erfolgen könne. Dennoch wäre man erfreut, dass die Stadtverwaltung letzten Endes dem Antrag zustimme und aufgrund der Hilfe verschiedener halleischer Unternehmen die Brücke realisiert werden könne.

Darüber hinaus machte **Herr Dr. Meerheim** darauf aufmerksam, dass es hierbei um eine Brücke für alle Einwohner in der Stadt Halle und nicht nur für die Bürger in Halle-Neustadt ginge. Die Brücke werde nahezu von jedem Bürger mindestens einmal im Jahr genutzt. Allein daraus zeige sich die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Neubaus der Brücke.

Weiterhin merkte **Herr Dr. Meerheim** an, dass man nicht erfreut darüber sei, dass der relativ geringe Eigenanteil in Höhe von 42.000 € bis zum Jahr 2013 durch die Stadt Halle nicht bereitgestellt werden könne. In dem Zusammenhang verwies er auf die Investitionsplanungen der Stadt Halle für die Jahre 2012 und 2013, bei denen weitaus höhere Summen erforderlich seien.

In Anbetracht dessen wurde ein Spendenfond eingerichtet und die Bürger zu Spenden aufgerufen, um den Eigenanteil der Stadt Halle zu übernehmen. Dabei haben drei Wohnungsunternehmen und der Schaustellerverband die Initiative ergriffen und mit einer Spende in Höhe von insgesamt 4.000 € einen guten Grundstein gelegt.

**Herr Dr. Meerheim** bat die Stadträte, ebenfalls einen Beitrag in Form eines Sitzungsentgeltes zu spenden, um den Bürgern der Stadt Halle ein Vorbild zu sein und den Neubau der Brücke zu unterstützen, damit diese im Jahr 2013 bis zum Laternenfest fertiggestellt werden könne.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 21. Februar 2012. Darin wurde darauf hingewiesen, dass der Neubau der Franz-Schubert-Brücke zeitnah nicht realisiert werden könne. Dafür seien aber bereits finanzielle Mittel im Haushalt eingestellt und Förderzusagen erfolgt.

Infolge dessen fragte **Herr Wolter** nach der weiteren Verfahrensweise zum Neubau der Franz-Schubert-Brücke.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, antwortete, dass sich die Verwaltung weiterhin für den Neubau der Franz-Schubert-Brücke einsetzen werde, da diese für die Gesamtkonzeption der Saline erforderlich sei. Allerdings können die seitens des Landes zugesagten Fördermittel aufgrund einer eingereichten Klage im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens nicht zeitnah verwendet werden.

Aufgrund dessen habe man in Abstimmung mit dem Land eine Umwidmung der Fördermittel vorgenommen, dass zumindest der Neubau der Brücke an der Eisssporthalle realisiert werden könne und der Stadt Halle keine Mittel aus der Städtebauförderung verloren gehen.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, gab bekannt, dass er den Änderungsantrag seiner Fraktion zurückziehe, da das Quartiersmanagement Halle-Neustadt offensichtlich nicht mehr existiere.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, gab zu bedenken, dass die Bürger zunehmend zu Spenden aufgerufen werden, wofür die Stadt keine finanziellen Mittel bereitstellen könne. Dies wäre bereits zur Unterhaltung der Brunnen in der Stadt Halle erfolgt. Es sollte dann zumindest ein entsprechender Ausgleich stattfinden und auf die finanzielle Situation der Vereine und Träger, z. B. im Sozialbereich oder des Peißnitzhaus e. V., hingewiesen werden und die Bürger auch hier zu Spenden aufgerufen werden.

Ihrer Auffassung nach sollten die Mittel für o. g. Maßnahme durch die Stadt aufgebracht werden und die Bürger selbst entscheiden können, für welche Zwecke sie Spenden aufbringen.



**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, widersprach den Ausführungen von Frau Dr. Brock. Die Brücke an der Eissporthalle werden nahezu von jedem Bürger der Stadt Halle mindestens einmal im Jahr genutzt. Aus diesem Grund wäre es richtig, die Bürger aufzufordern, sich daran zu beteiligen. Diese können selbst entscheiden, ob sie dazu bereit wären.

Zudem teilte **Herr Bönisch** mit, dass er froh darüber sei, dass der Halle Neustadt Verein e. V. seine Anregung aufgegriffen habe und Spendenkonten eingerichtet wurden. Er sei überzeugt davon, dass eine Vielzahl an Spenden eingehen werde.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, merkte an, dass seine Fraktion ebenfalls froh darüber sei, dass der Neubau der Brücke jetzt doch erfolge und fragte nach der Anzahl der Spendenkonten.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, bezog sich zunächst auf die Wortmeldung von Herrn Kley und informierte darüber, dass es in diesem Jahr das Quartiersmanagement Halle-Neustadt wieder geben werde.

Auf die Frage von Herrn Krause antwortete **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass nach seinem Kenntnisstand zwei Spendenkonten vorhanden seien:

- Spendenkonto des Halle Neustadt Vereins e. V.

Dieses richte sich insbesondere an die Bürger der Stadt Halle.

- Spendenkonto der Wohnungsunternehmen

Dieses richte sich vorrangig an die Unternehmen der Stadt Halle.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, stellte richtig, dass drei Spendenkonten vorhanden seien: Der Halle Neustadt Verein e. V. habe bei der Volksbank Halle sowie bei der Saalesparkasse jeweils ein Spendenkonto eingerichtet. Die Wohnungsunternehmen haben bei der Deutschen Kreditbank (DKB) ein Spendenkonto eingerichtet.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, merkte an, dass der Spendenaufruf ein Übergewicht bekomme und die eingehenden Spenden ausschließlich für diese Maßnahme und nicht für andere Projekte verwendet werden können. Sie fragte, weshalb nicht auch für andere Maßnahmen zu Spenden aufgerufen werde, wie z. B. aufgrund der in der Einwohnerfragestunde dargestellten finanziellen Situation für das Beratungszentrum „lebensart“.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** entgegnete, dass es jedem Stadtrat überlassen sei, zu Spenden aufzurufen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Antrages.

zu 6.2.1 **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Neubau einer Brücke zur Peißnitzinsel an der Eissporthalle (Vorlage: V/2011/10153)  
Vorlage: V/2011/10203**

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

4. **Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Planungen für den Neubau einer Brücke zur Peißnitz in der Nähe der Eissporthalle zügig voranzutreiben. Entsprechende Mittel sind im Haushalt bereitzustellen – gegebenenfalls umzuschichten werden vom Quartiersmanagement Halle-Neustadt eingeworben.**
- ~~2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu ermitteln, welche potentiellen Partner einer Finanzierung des Bauvorhabens zur Verfügung stehen und mit diesen umgehend Gespräche aufzunehmen. Für die Finanzierung sind alle Varianten ergebnisoffen zu prüfen und nach Entscheidung mit dem Ziel eines Baus im Jahr 2012 umzusetzen.~~

**Abstimmungsergebnis:**

**zurückgezogen**  
durch Antragsteller

---

zu 6.2 **gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Neubau einer Brücke zur Peißnitzinsel an der Eissporthalle  
Vorlage: V/2011/10153**

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

1. **Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Planungen für den Neubau einer Brücke zur Peißnitz in der Nähe der Eissporthalle zügig voranzutreiben. Entsprechende Mittel sind im Haushalt bereitzustellen – gegebenenfalls umzuschichten.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, zu ermitteln, welche potentiellen Partner einer Finanzierung des Bauvorhabens zur Verfügung stehen und mit diesen umgehend Gespräche aufzunehmen. Für die Finanzierung sind alle Varianten ergebnisoffen zu prüfen und nach Entscheidung mit dem Ziel eines Baus einer Fertigstellung im Jahr 2012 2013 umzusetzen.**

**zu 6.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum bewirtschafteten Parken in der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2011/10163**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, bat um Zustimmung und erläuterte das Ziel des Antrages seiner Fraktion. Damit soll eine gebührenfreie Kurzparkmöglichkeit für eine zeitliche Begrenzung von 10 Minuten eingerichtet werden, um z. B. Ein- und Ausladevorgänge zu ermöglichen.

Für die Stadt Halle seien kaum Einnahmeverluste zu erwarten und es entstünde kein zusätzlicher finanzieller Aufwand, da diese Möglichkeit nur bei neu aufgestellten Parkscheinautomaten angeboten werden soll.

Eine Vielzahl von Kommunen habe eine solche Kurzparkmöglichkeit bereits eingeführt. In diesen Städten habe sich die sogenannte „Brötchentaste“ als positiv erwiesen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Antrages.

**Beschlussvorschlag:**

*Bei Neuaufstellung von Automaten für die Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Halle (Saale) wird die Möglichkeit eines kostenlosen Parkens für 10 Minuten geschaffen.*

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**zu 6.5 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung der sog. Roten Liste (V/2011/09449)**  
**Vorlage: V/2011/10246**

---

**Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, wies darauf hin, dass in der Erhaltung der Bausubstanz von Gebäuden erhebliche Fortschritte in der Stadt Halle gemacht wurden. Die sogenannte „Rote Liste“ soll Grundlage für Entscheidungen zur Sicherung städtebaulich und denkmalpflegerisch bedeutsamer Gebäude sein.

Infolge dessen bat **Herr Sommer** um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion. Zudem bat er die Verwaltung, den Fraktionen den aktuellen Stand der „Roten Liste“ zur Verfügung zu stellen, um im Einvernehmen zum Wohle der Stadt nachhaltige Entscheidungen treffen zu können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die im „Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion und Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Sicherung städtebaulich und denkmalpflegerisch bedeutsamer Gebäude - "Rote Liste bedrohter Denkmale" gemeinsam mit dem AK, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie sowie der Verwaltung der Stadt Halle fortzuschreiben und jährlich dem Planungs- und Kulturausschuss vorzulegen.

---

**Anmerkung:**

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die im „Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion und Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Sicherung städtebaulich und denkmalpflegerisch bedeutsamer Gebäude - "Rote Liste bedrohter Denkmale" unter Beschlusspunkt 2 genannte Liste wichtiger vom Verfall bedrohter Denkmale, die in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie erstellt werden soll, dem Stadtrat bis Juni 2012 vorzulegen.
2. Innerhalb der Liste soll eine Prioritätenzuweisung nach dem seitens der Verwaltung gesehenen Handlungsbedarf erfolgen.

**zu 6.6     Antrag der Stadträtinnen Sabine Wolff (NEUES FORUM) und Hanna Haupt (SPD) zu Gedenktagen  
Vorlage: V/2011/10360**

---

**Frau Haupt, SPD-Fraktion**, bat um Zustimmung zum Antrag und gab bekannt, dass aufgrund der Diskussion in der Hauptausschusssitzung am 22.02.2012 der Antrag dahin gehend geändert wurde, dass neben dem 9. November zusätzlich die Gedenktage 27. Januar und 17. Juni aufgenommen wurden.

An diesen drei Gedenktagen sollten ab 16:00 Uhr generell keine Sitzungen im Rahmen der Stadtratsarbeit geplant werden, um an den jeweiligen Gedenkveranstaltungen teilnehmen zu können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

dass ~~am 9. November~~ an den folgenden Gedenktagen generell keine Sitzungen im Rahmen der Stadtratsarbeit ab 16:00 Uhr geplant werden:

- 27. Januar
- 17. Juni
- 9. November

zu 7      **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.13   **Dringlichkeitsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Berufung eines Sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss**  
**Vorlage: V/2012/10500**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Herr Klaus E. Hänsel wird als Sachkundiger Einwohner in den Bildungsausschuss berufen.

zu 7.1      **Antrag der CDU-Fraktion betreffend die Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring**  
**Vorlage: V/2012/10433**

---

Herr Sängler, CDU-Fraktion, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies den Antrag namens der Fraktion zudem in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring zwischen Mansfelder Straße und Ankerstraße als Zweirichtungsverkehr einzurichten.*

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

**zu 7.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse und der Hauptsatzung des Stadtrates**  
**Vorlage: V/2012/10437**

---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Hauptausschuss, um diesen aufgrund des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam mit dem heute abgesetzten Tagesordnungspunkt

TOP 6.4 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beratung von Bebauungsplänen im Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten  
Vorlage: V/2011/10247

beraten zu können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

1. *Die Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) wird wie folgt geändert:*
  - a) *Neue Fassung § 5, Absatz 1, Ziffer 10  
„Ausschuss für Planungs- **und Umweltangelegenheiten** mit 11 Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern*
  - b) *Neue Fassung § 5, Absatz 1, Ziffer 11  
„Ausschuss für **Ordnungsangelegenheiten** mit 11 Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern*
2. *Die Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates wird im Abschnitt II „Beratende Ausschüsse im Sinne des § 48, Absatz 1 Gemeindeordnung LSA – 7. Ausschuss für Planungsangelegenheiten“ wie folgt geändert*
  - a) *Der Ausschuss wird in „Ausschuss für Planungs- **und Umweltangelegenheiten**“ umbenannt.*
  - b) *Bei den Empfehlungsrechten des Ausschusses werden die Punkte 12 und 13 hinzugefügt:*

12. Beratung auf den Gebieten des Umweltschutzes auf der Grundlage von Bundes- und Landesrecht sowie Rechtsverordnungen und Satzungen insbesondere in den Bereichen:

- Naturschutz
- Immissionsschutz
- Abfall und Altlasten sowie Wasser (einschließlich Gewässer und Grundwasser) und Abwasser

13. Angelegenheiten, die der Verbesserung der Umweltqualität dienen.

- c) Unter Ziffer 8 wird der Ausschuss für Ordnung- und Umweltangelegenheiten in „**Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten**“ umbenannt. Die Punkte 7 und 8 der Empfehlungsrechte werden unter diesem Ausschuss gestrichen.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den  
**Hauptausschuss**

**zu 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Analyse der Entwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung in Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10441**

---

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, wies darauf hin, dass mit dem Antrag nicht nur eine Analyse der Entwicklung der öffentlich geförderten Beschäftigung in der Stadt Halle für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung vorgelegt werden soll, sondern dass die Verwaltung ebenso für das Jobcenter Halle eine solche Analyse vornehme.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, bat ausdrücklich darum, dass die Verwaltung bei Zustimmung zum vorliegenden Antrag mit der Handwerkskammer und der IHK zu diesem Thema in Kontakt trete. Dabei sollte u. a. geklärt werden, welche Einflüsse die öffentlich geförderte Beschäftigung auf die permanente Beschäftigung habe und ob möglicherweise ordentliche Arbeitsverhältnisse dadurch substituiert werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

**Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bis zur Stadtratssitzung Mai 2012 dem Stadtrat eine Analyse der Entwicklung der öffentlich geförderten Beschäftigung in Halle (Saale), insbesondere für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung, in den Jahren 2008 – 2011 vorzulegen.**

Gleichzeitig mit der Analyse sind die konzeptionellen Schwerpunkte für den o.g. Zeitraum sowie Schwerpunkte für die konzeptionelle Arbeit der kommunalen Beschäftigungsförderung (2012) auf der Grundlage der veränderten arbeitsmarktpolitischen Instrumente vorzulegen.

**zu 7.4 Antrag der Fraktionen DIE LINKE., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung einer Gedenktafel, die an die Bürgerinnen und Bürger erinnert, die die Stadt Halle (Saale) in den Apriltagen des Jahres 1945 vor der Zerstörung bewahrt haben**  
**Vorlage: V/2012/10453**

---

Auf Antrag der CDU-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Herr Dr. Bartsch und dann Frau Dr. Brock.

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE.:**

Meine Damen und Herren, wir wollten doch mit dem Antrag darauf aufmerksam machen, dass nun bereits vor 15 Monaten hier im Stadtrat ein Beschluss gefasst worden ist, eine solche Gedenktafel anzubringen. Die Stadtverwaltung hatte damals darum gebeten, im Sinne so einer Prüfung mal einen entsprechenden Standort auszusuchen. Der ist nun gefunden worden.

Und ich finde es sehr gut, dass die Stadtverwaltung sich jetzt ganz konkret festgelegt hat, eine solche Tafel Anfang April 2012 nun endlich anzubringen. Also ich kann das nur sehr begrüßen und ich hoffe - der Beschluss ist ja gefasst worden im November 2010, aber hier kann man noch mal abstimmen -, dass das wirklich jetzt auch realisiert wird.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Frau Oberbürgermeisterin direkt, dann Frau Dr. Brock und dann Herr Kley.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados:**

Ja, manchmal bedarf es auch solcher Hinweise. Oder auch nicht. Wir waren dabei. Und das hat sich sozusagen etwas überschritten. Der Termin steht auch schon, das ist der 05.04.2012.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Frau Dr. Brock.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

*... unverständlich*

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados:**

Ja, da wird die Tafel angebracht. Sie bekommen auch alle noch eine Einladung. Aber ich nenne jetzt schon den Termin, 05.04.2012, 14:30 Uhr.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Herr Kley bitte.



**Herr Kley, FDP-Fraktion:**

Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollten eigentlich hier die Negierung dieses Antrages beantragen. Es ist ja so in dieser Stadt mittlerweile - wir haben es vorhin auch erfahren -, wenn sich private Sponsoren finden, die etwas übernehmen, dann braucht es die Stadt nicht machen.

Sie haben ja mittlerweile in der Zeitung gelesen, deshalb offensichtlich auch jetzt die Eile der Stadt, dass sich Bürger dieser Stadt gefunden haben, eine Tafel anzubringen am Marktplatz, die den Rettern unserer Stadt gedenkt am 19.04. Deswegen macht es die Stadt jetzt offensichtlich am 05.04.2012.

Und wenn es keinen bestätigten Haushalt gibt, wenn das Geld knapp ist - und die Anbringung einer Tafel ist mit Sicherheit eine freiwillige Leistung -, dann glaube ich, ist es völlig übertrieben, hier Finanzmittel einzusetzen, nur um irgendeine wie auch immer geartete politische Richtung noch mal zu zeigen. Man sollte sich das deutlich überlegen.

Ich weiß auch, dass der Steinmetz noch nicht angefangen hat. Recherchen des MDR haben ja zu Tage gebracht, dass jetzt plötzlich die Stadt den Auftrag gibt, die Platte dort schnell hinschafft, um etwas zu machen. Wir haben so wenig Geld für die sozialen Vereine, wir streichen überall. Und hier will man sozusagen kurzfristig noch Geld ausgeben an einer Stelle, wo es nicht notwendig ist, weil die Bürger selber die Initiative ergriffen haben und nicht darauf gewartet haben, dass die Stadt etwas tut.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Herr Krause.

**Herr Krause, SPD-Fraktion:**

Herr Kley, was heißt das schon, was Sie jetzt gesagt haben? Also von Eile, wenn Sie sozusagen auf den Antragstext schauen, kann ja nun wirklich nicht die Rede sein, wenn wir mit einem Antrag noch mal auf einen Beschluss, der umzusetzen ist, hinweisen, der nun schon wieder ein Jahr rum ist. Also das mit der Eile ist sehr hinterfragungswürdig.

Im Gegenteil, ich muss die Frage stellen - ich bekomme sie sicher hier nicht beantwortet -, aber wieso sozusagen einige Bürger oder die Felix Graf von Luckner Gesellschaft - sagen wir es ruhig - für die halleschen Bürger spricht. Wenn ich den Text lese, wenn das richtig wiedergegeben ist in der Mitteldeutschen Zeitung, steht „im Namen der halleschen Bürger“. Wieso können eigentlich einige Privatpersonen für alle Bürger in Halle sprechen. Erklärt sich mir nicht, kann ich nicht nachvollziehen.

Ich finde es aber richtig, dass aufgrund des Beschlusses des Stadtrates, wenn die Tafel angebracht ist, deren Text wir wohl gewogen haben, nicht mit einer absoluten Mehrheit hier beschlossen, sicher, aber wohl gewogen haben, dass wir dann eine Tafel anbringen gemeinsam im Namen hallescher Bürger. Das ist in Ordnung aus meiner Sicht.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Jetzt Frau Dr. Brock bitte.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Ich will jetzt doch auch noch mal was dazu sagen. Im Prinzip würde es auch der FDP in diesem Zusammenhang anstehen, politische Entscheidungen dann auch mal zu akzeptieren, wenn sie so gefallen sind, wie es vielleicht auch nicht in ihrem Sinn war.

Wir haben gerungen im Kulturausschuss um diesen Text und wollen eben gerade damit auch vorbeugen, dass Privatinitiativen da möglicherweise etwas anderes anbringen, als das, so wie es der Stadtrat entschieden hat. Und das ist nun wirklich mal eine politische Entscheidung, wen wir dort geehrt haben wollen. Und da ist es auch völlig korrekt und richtig, dass die Stadt da die Initiative ergreift. Das ist öffentlicher Raum und dort muss auch das stehen, was die Mehrheit wünscht.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Herr Bönisch bitte.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion:**

Frau Dr. Brock, Herr Krause und wer auch immer, dann wäre doch die Frage mal klar zu stellen, ehren wir mit dieser ...

*... Zwischenrufe*

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion:**

... für die vielen Antragsteller meine ich. Man könnte jetzt Herrn Dr. Meerheim noch ansprechen und so.

Ehren wir denn mit dieser Tafel den Herrn Grafen Luckner oder nicht? Wir schreiben dahin „engagierte Bürger der Stadt“, die es gemacht haben. Er gehört unzweifelhaft dazu.

Ich möchte jetzt von Ihnen wirklich gern mal wissen, auch nach Ihrer Interpretation der Tafel: Wird der Graf Luckner mit dieser Tafel geehrt oder wird er es nicht? Und wenn Sie die Frage jetzt mit nein beantworten, dann sage ich: es wäre komisch. Und wenn Sie sie mit ja beantworten, dann würde ich sagen: Warum schreiben wir den Namen dann nicht drauf? Das wäre doch viel ehrlicher.

Also wir können diese Farce nach wie vor nicht gut finden, ehrlich.

*... Zwischenrufe*

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion:**

Ich habe doch nur eine Begründung gegeben, warum wir heute nicht zustimmen werden.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Herr Dr. Wend und dann Herr Krause.

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion:**

Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen, über alles hinaus, was man historisch wahrscheinlich gar nicht mehr feststellen kann, hängt mir dieses Festklammern an Herrn Luckner derart zum Halse heraus, dass ich es hier nicht mehr hören kann. Derartig.

Wir haben im Kulturausschuss darum gerungen, wir haben darüber diskutiert. Wenn wir Geld sparen wollen, nun haben wir eine Entscheidung gefällt, dann schließen wir endgültig diese Ausschüsse. Aber dieses permanente, weil das Fernsehen an ist, hier noch mal auftreten und noch mal brillieren und noch mal irgendeinen Mist erzählen, das ist nach außen hin für die Bürger derart peinlich, dass es kracht.

Wir werden, was Herrn Luckner angeht, vielleicht bestimmte Dinge gar nicht mehr herausfinden können. Aber wir haben versucht, in aller Offenheit - so wie Frau Dr. Brock das eben gesagt hat - einen guten Kompromiss zu finden. Wir haben eine politische Entscheidung getroffen.

Und Herr Bönisch da können Sie Ihre Nase, Ihre hoffentlich nicht Oberbürgermeister-Nase noch so hoch in den Wind recken. Die Diskussion ist abgeschlossen.

... *Zwischenrufe*

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Herr Dr. Wend.

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion:**

Ja, jetzt regen Sie sich schön auf. Machen Sie das, wunderbar.

... *Zwischenrufe*

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Ja, ich hab doch... Herr Dr. Wend, ich weiß nicht, ob es Ihnen nach solchen Reden immer besser geht. Aber ich bitte jetzt, dass Sie sachlich bleiben oder sich vom Mikrofon entfernen. Sie haben einen Auftritt, bitte.

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion:**

Ja, Dankeschön. So, wenn sich jetzt alle beruhigt haben, komme ich noch mal dazu zurück. Wir haben hier eine politische Entscheidung getroffen und ich bin nicht derjenige, über den man sich aufregen sollte. Sondern über die man sich aufregt, sind die, die diese Entscheidung nicht annehmen, nicht akzeptieren können und hier den Stadtrat wiederum als Plateau benutzen, um irgendetwas los zu werden. Das sage ich noch mal.

... *Zwischenrufe*

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion:**

Und ich habe am Anfang, um Ihre Frage zu beantworten, lassen Sie mich doch bitte ausreden, ich lasse Sie doch auch ausreden.

Ich habe noch mal gesagt, so ist nun mal Geschichte, wir werden rückblickend da manches nicht erfassen können. Und wir haben extra eine Formulierung gewählt, dass Leute, wo man vielleicht ein bisschen strittig ist, wir haben es extra so gewählt, dass diese Leute mit aufgenommen werden in diese Ehrung. Vielleicht manche Unbekannte, die auch ihren Teil geleistet haben und mutig waren und manche bekanntere. Das haben wir versucht. Und das wollte ich damit sagen.

Und ich finde es einfach schäbig, diese Diskussion zum 87. Mal in die Länge zu klatschen. Danke.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

So, Herr Dr. Wend, ich kann trotzdem noch mal sagen, es wäre besser, wenn Sie verletzendes Äußerungen dabei unterlassen hätten. Dann können Sie das alles auch noch mal genauso schön in einem viel angemesseneren Ton sagen. Ich hoffe sogar, dass es dann besser annehmbar geworden wäre.

Jetzt habe ich Herrn Krause noch mal. Bitte ... Er zieht zurück. Dann war jetzt Herr Kley dran.

**Herr Kley, FDP-Fraktion:**

Herr Vorsitzender, ich wollte nur noch mal darauf hinweisen, weil ja vorhin die Rede war, Bürger der Stadt. Die Tafel, die angebracht wird zum Gedenken an die verschiedenen Personen, die die Stadt gerettet haben, ist finanziert worden von den Bürgern. D. h. Menschen haben ihr eigenes Geld dafür gegeben, während wir hier über eine Tafel reden, die beschlossen wird und das Steuergeld einfach verwendet wird.

Ich glaube, wenn sich jemand persönlich engagiert an einer Stelle, dann sollte man das nicht geringschätzen in dieser Stadt, wo wir, wie gesagt, in letzter Zeit häufig Pflichtaufgaben auch durch derartige Spendenaktionen erledigen lassen. Und wenn die Chance besteht, etwas zu substituieren, sollte man das auch nutzen. Wir haben keinen genehmigten Haushalt, wir haben vorläufige Haushaltsführung. Die Anbringung einer Tafel ist freiwillig. Und an dieser Stelle erstaunt es schon, dass hier so plötzlich Geld da ist.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Es wird ja jetzt schwer um Geschichtsdeutung gerungen. Jetzt ist dabei Herr Wolter.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:**

Meine Damen und Herren, wir wurden auch gefragt, ob wir den Antrag, der hier im Raum steht, mit stellen, weil wir natürlich auch gerungen haben, was hier schon gesagt wurde, um die richtige Ehrung für diejenigen, die sich engagiert haben. Und wir haben, und das denke ich ist richtig, hier gemeinsam eine Entscheidung getroffen zu so einer Tafel.

Aber wir haben uns deswegen, meine Damen und Herren, nicht an diesem Antrag beteiligt, weil ich genau das befürchtet hatte, was nämlich durch den Antrag und durch die Antragsteller jetzt hier diskutiert wird. Es ist ein Beschluss von uns gemeinsam gefasst worden. Wir haben diesen Beschluss sozusagen hier gefasst in einer klaren Mehrheit. Die Verwaltung hat den Auftrag angenommen, das vorbereitet.

Und, meine Damen und Herren, dass hier privat eine Fraktion mit einer Gesellschaft Ehrungen betreibt, egal, wenn es nicht sozusagen unsittlich ist und gesetzeswidrig, finde ich sozusagen, gehört zu unserer demokratischen Freiheit dazu. Und ich denke, das sollten Sie genauso akzeptieren, auch wenn es da vielleicht verletzt.

Genauso gibt es in der Nähe vom Volkspark Ehrungen, wo wir auch nicht sagen, das ist jetzt aber ganz komisch, das ist nicht mehr unser Geschichtsbild. Es gibt bestimmte Parkanlagen, die aus unserer Stadtgeschichte dazu gehören, die wir genauso bewahren.

Also ich finde es schwierig, wenn wir sofort hier, sage ich mal, eine ideologische Diskussion führen. Die haben wir doch abgeschlossen, das haben wir doch getan, meine Damen und Herren. Und die Verwaltung hat erklärt, dass sie das macht.

Ich denke, vielleicht sollte man einfach jetzt hier auch nicht abstimmen, sondern sie hat gesagt, wir machen das. Am 05.04.2012 gibt es hier diese Tafelenthüllung. Das ist auch schön, dass es die endlich gibt, wo wir alle, die dafür gesorgt haben, dass unsere Stadt noch so steht, wie sie steht, auch heute noch steht.

Ich denke die Antragsteller könnten auch toll sein und sagen, ziehen wir zurück, die Verwaltung hat hier gesagt wir machen das.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Herr Krause.

**Herr Krause, SPD-Fraktion:**

Sehen Sie Herr Kollege Wolter, genau das ist damit erreicht worden. Ich habe gesagt, wenn der Text, so wie er in der MZ steht, stimmt, dann bin ich dagegen. Herr Kley hat es im Grunde, kann man nachhören sicherlich im Protokoll, wortwörtlich wiederholt.

*...Zwischenrufe*

**Herr Krause, SPD-Fraktion:**

Moment, jetzt lassen Sie mich mal reden. Jetzt bin ich dran. Sie haben zweimal schon geredet.

Mein Problem ist, wenn „von Bürgern der Stadt“ dort steht, ist das in Ordnung. Wenn dort aber steht „von den Bürgern der Stadt“, dann fühle ich mich vereinnahmt. Ich gehöre nicht dazu, die diese Tafel sozusagen mit unterstützen. Das habe ich klarstellen wollen. Hat nichts mit Ideologie zu tun, sondern es hat was mit Vereinnahmung zu tun, wenn man sagt, „von den Bürgern der Stadt“. Und so stand es in der MZ drin, so erinnere ich mich. Und wenn da stände „von Bürgern der Stadt“ ist das eine ganz andere Geschichte.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Jetzt Herr Hildebrandt.

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde gerne aber noch mal eine richtige Stellungnahme der Stadtverwaltung haben. Es steht zwar drin, dass die Stadtverwaltung das jetzt tun möchte, aber so wie ich das sehe, ist der Rote Turm ein herausragendes Einzeldenkmal.

Und ich möchte schon mal wissen, wie das denkmalpflegerisch auch bewertet wird:

Wie groß wird die Tafel sein?

Wo soll sie genau angebracht werden?

Das möchte ich wirklich explizit wissen, zumal ja auch die Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, insbesondere auch durch Herrn Sommer, beantragt hat, dass in Zukunft Skulpturen, Gedenkplatten in ihrer gestalterischen Form erst dem Stadtrat vorgestellt werden müssen und darüber erst bestimmen soll.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Gut. Angenommen. Frau Oberbürgermeisterin bitte.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados:**

Diese Festlegungen sind doch alle getroffen worden. Das hat man im Kulturausschuss hoch und runter diskutiert. Das Kulturbüro weiß genau wo. Das ist natürlich rückgekoppelt mit Denkmalschutz aller Art, dass das in Ordnung geht. Denn sonst würden wir nicht schreiben, wir machen das. Das war die Aufgabe des Kulturbüros - verwaltungsseitige Umsetzung. Das ist alles erledigt, das ist gemacht worden.

Und wenn ich Sie jetzt einlade für den 05.04.2012, dann können Sie davon ausgehen, dass das alles geklärt ist.

*Ende des Wortprotokolls.*

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Umsetzung des Beschlusses des Stadtrates vom 24.11.2010, bis zum 19. April 2012 eine Gedenktafel am Roten Turm anzubringen, die an die Bürgerinnen und Bürger erinnert, die die Stadt Halle (Saale) in den Apriltagen des Jahres 1945 vor der Zerstörung bewahrt haben.

---

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf die Uhrzeit und gab bekannt, dass es 17:10 Uhr sei und entsprechend seines Geschäftsordnungsantrages im TOP 2 „Feststellung der Tagesordnung“ die öffentliche Sitzung jetzt abgebrochen werde.

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte werden demzufolge auf die Stadtratssitzung im März 2012 vertagt:

- zu 7.5 **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Öldialyse bei städtischen Fahrzeugen**  
Vorlage: V/2012/10419
  
- zu 7.6 **Antrag des Stadtrates Robert Bonan (SPD-Stadtratsfraktion) zum barrierefreien Zugang zum Göbelbrunnen**  
Vorlage: V/2012/10421
  
- zu 7.7 **Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung eines Stadtratsbeschlusses**  
Vorlage: V/2012/10443
  
- zu 7.8 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Eintritt der Stadtbibliothek in den Verbund der Online-Bibliothek Sachsen-Anhalt**  
Vorlage: V/2012/10461
  
- zu 7.9 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung einer Beteiligung am Programm „50 Kommunale Klimapartnerschaften“**  
Vorlage: V/2012/10463

- zu 7.10 **Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Bewilligung vorzeitiger Maßnahmebeginne von Institutionen und Projekten im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern**  
Vorlage: V/2012/10456
- zu 7.11 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einreichung einer Verfassungsbeschwerde gegen das geänderte Finanzausgleichsgesetz**  
Vorlage: V/2012/10467
- zu 7.12 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung von neuen Fördermöglichkeiten zum Breitbandausbau**  
Vorlage: V/2012/10465
- zu 8 **schriftliche Anfragen von Stadträten**
- zu 8.1 **Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Breitbandausbau in der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlage: V/2012/10436
- zu 8.2 **Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu geplanten Baumfällungen in der Fiete-Schulze-Straße**  
Vorlage: V/2012/10435
- zu 8.3 **Anfrage der CDU-Fraktion zur Information der Stadt über die Mitarbeiterzahlen**  
Vorlage: V/2012/10434
- zu 8.4 **Anfrage der Stadträtin Elisabeth Nagel (Fraktion DIE LINKE.) zur Erschließung der Solequelle auf dem Holzplatz**  
Vorlage: V/2012/10438
- zu 8.5 **Anfrage der Stadträtin Birgit Leibrich (Fraktion DIE LINKE.) zur Thematik "Finanzielle Sicherung der Begegnungsstätten"**  
Vorlage: V/2012/10439
- zu 8.6 **Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur Verteilung der städtischen Logenplätze im Erdgas Sportpark Halle**  
Vorlage: V/2012/10444

- zu 8.7 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Genehmigungen für Kapazitätserweiterungen in Kindertageseinrichtungen**  
Vorlage: V/2012/10376
- zu 8.8 **Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Neubesetzung einer Amtsleiterstelle**  
Vorlage: V/2012/10447
- zu 8.9 **Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Ehrung von Prof. Hermann Goltz**  
Vorlage: V/2012/10458
- zu 8.10 **Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Eingliederungshilfen für behinderte Menschen**  
Vorlage: V/2012/10457
- zu 8.11 **Anfrage Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Beteiligung der Stadt Halle am KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“**  
Vorlage: V/2012/10452
- zu 8.12 **Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Dialogforum Flughafen Leipzig/Halle**  
Vorlage: V/2012/10455
- zu 8.13 **Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Brandschutzmaßnahmen in Kindertagesstätten**  
Vorlage: V/2012/10449
- zu 8.14 **Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu einer transparenten Beschlusskontrolle**  
Vorlage: V/2012/10451
- zu 8.15 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auszahlung von städtischen Fördermitteln im Jahr 2011**  
Vorlage: V/2012/10466
- zu 8.16 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur städtischen Kontrolle der Umweltzone**  
Vorlage: V/2012/10464



- zu 8.17 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung der Stellplatzablösebeträge**  
Vorlage: V/2012/10462
  
- zu 8.18 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Breitbandversorgung in halleschen Schulen**  
Vorlage: V/2012/10460
  
- zu 8.19 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu freiwilligen Leistungen der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlage: V/2012/10454
  
- zu 8.20 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Verkehrsdatenerhebungen in der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlage: V/2012/10450
  
- zu 8.21 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nachnutzung des Geländes der ehemaligen Stadtgärtnerei und des Stadtschulgartens**  
Vorlage: V/2012/10448
  
- zu 8.22 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Stadtbibliothek**  
Vorlage: V/2012/10446
  
- zu 8.23 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Zahlungen der Stadt für PPP-Projekte und Lebenszyklusprojekte im Haushaltsjahr 2012**  
Vorlage: V/2012/10445
  
- zu 8.24 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auslastung von Parkplätzen in der Altstadt und am Altstadtring**  
Vorlage: V/2012/10442
  
- zu 9 **Mitteilungen**
  
- zu 9.1 **Energiebericht 2011**  
Vorlage: V/2012/10365
  
- zu 10 **mündliche Anfragen von Stadträten**

**zu 11     Anregungen**

**zu 11.1   Anregung Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beteiligung der Stadt Halle am Kongress „Stadtleben in 3D“ der Stiftung „Lebendige Stadt“  
Vorlage: V/2012/10459**

**zu 12     Anträge auf Akteneinsicht**

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die 30. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

---

Harald Bartl  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

Anja Schneider  
stellv. Protokollführerin